

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1913

16 (20.1.1913)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 P., vierteljährl. 2,25 M.; abgeholt monatl. 65 P.; am Postfach Nr. 210 M., durch den Briefträger 2,52 M. vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends 7 1/2 Uhr. Postfachkonto Nr. 2650. Telefon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, 11. Zeile, ober deren Raum 20 A. Zeilenlänge billiger. Schluss d. Inseratenannahme 1/2 Uhr vorm. für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geil & Co., Karlsruhe.

Deutscher und englischer Staatssozialismus.

Das Ehepaar Webb ist der deutschen Arbeiterkassen nicht unbekannt, seitdem seine Arbeiten über die britischen Arbeiterorganisationen in den neunziger Jahren von Eduard Bernstein u. a. in unsere Sprache überetzt worden sind. Das jüngst erschienene Buch: „Das Problem der Armut“ mutet den deutschen Sozialpolitiker insofern zum Teil fremdartig an, als in ihm der Individualcharakter des Armen mit merkwürdiger Breite behandelt wird; eine Eigentümlichkeit, die als Rückwirkung der von Regierungsmännern geübten Vorurteilslosigkeit zu betrachten sein mag. Aber gerade indem die Verfasser den moralischen Sumpf schildern, in den die untersten Schichten des englischen Volkes hinabgesunken sind, verweisen sie nie die gesellschaftlichen Zusammenhänge, durch die die sittlichen Verwüstungen veranlaßt oder doch gefördert worden sind.

„Wer die Gestalten, Geräusche und Gerüche der Armenviertel kennt“, so heißt es im ersten Kapitel des Buches, „oder wer gar mit den Lebensgeschichten von Familien unterhalb der Armutsgrenze vertraut ist, dem schärft sich der Blick für eine Art moralischer Malaria, deren unheilvoller Einfluß die geistige Lebenskraft untergräbt. Mag hier und da ein moralisches Genie überleben, trauriger gemordet, aber ohne Schaden an seiner Seele; die Masse einer jeden Generation erliegt allmählich, während sie inmitten tierischer Gemeinheit heranwächst, dem Stumpfsein und zynischen Unglauben an alles bessere. Sünden sich solche Menschengruppen, bilden sie gar buchstäblich sich-geladene Städte der Armen, so bedeutet das eine Erkrankung des Gemeinlebens, dem sie angehören.“ Gegen dieses Elend ist die Armenpflege ohnmächtig; hier sind Maßnahmen im Interesse der Gesamtheit am Platze, die dem Reichen nicht minder Leben und Gesundheit sichern wie dem Armen. Das Wirken der öffentlichen Gesundheitsbehörden hat zur Folge gehabt, daß Typhus und Cholera als Epidemien beseitigt wurden; und die Frage, ob es denn gestattet sei, daß Staat und Gemeinde dem einzelnen Vorkrisen machen, in das viel berufene Recht der Familie eingreifen, beantwortet sich durch den Erfolg sozialen Wirkens von selbst.

Auch dem wirtschaftlichen Elend können die öffentlichen Gewalten steuern, vor allem, wenn man in Betracht zieht, daß die Arbeiterkassen in ihren Organisationen selber Hand ans Werk gelegt hat und es nur Sache von Staat und Gemeinde ist, diese Organisationen zu stärken. Unter den englischen Gewerkschaften haben Anspruch auf Unterstützung in guten Zeiten 98 Prozent, in den schlechten Jahren, wo weit mehr bereits ausgezehrt sind, immer noch 89 Prozent. Nach den in der englischen Armenkommission gemachten Angaben erreicht die im besten Jahre des letzten Jahrzehnts in Großbritannien verausgabte Lohnsumme etwa 700 Millionen Pfund Sterling; die im schlechtesten Jahre verausgabte Summe betrug kaum weniger als 680 Millionen Pfund, was bedeutet, daß selbst in der schwärzesten Periode geschäftlichen Tiefstandes immer noch 15 Sechstel aller Lohnarbeiter Beschäftigung fanden. Das eine Sechstel der Arbeitslosen umfaßt immerhin Hunderttausende von Arbeitern; aber der Staat wäre imstande gewesen, Einrichtungen zu treffen, die verhüteten, daß die periodischen Geschäftsstodungen ein Fallen der gesamten Warennachfrage bewirkten. Mag es auch nur bedingt zutreffen, was die Verfasser behaupten, daß nämlich die Herstellung öffentlicher Arbeiten in Zeiten der Krise annähernd normale Verhältnisse schaffen kann, so zeigt die Auffassung des Problems doch, daß die Sozialpolitiker auch im „manchesterlichen“ England an den Staat mit sehr bestimmten Forderungen herantreten.

Diese Forderungen berühren weiter das Gebiet der Arbeiterversicherung und der Armenpflege im weitesten Sinne; und hier zeigt sich, daß England, die angebliche Hochburg individualistischer Rücksichtslosigkeit, dem deutschen „Staate der Sozialreform“ ein beträchtliches Stück im sozialen Pflichtbewußtsein voraus ist. Wo ist der deutsche Sozialpolitiker, der heute schon schreiben könnte, daß die Behauptung eines bestimmten Lohnsatzes, unter dem niemand arbeiten soll, nicht nur das allgemeine Prinzip der Gewerkschaft sei, sondern daß es auch heute bereits die Anerkennung der Nationalökonomie gefunden habe, daß alle Parteien des Parlaments diesem Prinzip zugestimmt hätten, soweit staatliche Arbeiten oder Lieferungen in Betracht kämen und daß es im Schiedsgerichtsgesetze von 1908 für bestimmte Industrien tatsächlich zum Gesetz erhoben worden sei?

Aber weiter! Die Verfasser beschäftigen sich eingehend mit der Frage der staatlichen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die sie neben andern staatlichen Maßnahmen für eine Selbstverständlichkeit halten. Hier

kennen sie keinen andern Weg, als daß der Staat in der Art des Center Systems die Gewerkschaften zu Trägern der Versicherung macht. Und zwar soll dies, was bezeichnend für die englische Auffassungsweise ist, vornehmlich aus moralischen Gründen geschehen. Der Staat allein sei nicht imstande, zu verhindern, daß Arbeitslose und andere Unwürdige die Unterstützung mißbrauchen, ebensowenig wie er entscheiden könne, ob der Arbeitslose eine ihm angebotene Beschäftigung annehmen müsse. Die Gewerkschaften aber hätten die ganze Verantwortung für den Unterhalt ihrer arbeitslosen Mitglieder zu tragen; ihnen verbleibe somit die Entscheidung, ob eine gebotene Stellung anzunehmen sei oder nicht. Ihre Sache sei es auch, die als notwendig erachteten Maßnahmen gegen das Simulantentum zu treffen. Eine Einmischung des Staates in die Verwaltungsangelegenheiten der Gewerkschaften sei zu vermeiden. Wenn man aber nach der moralischen Veredlung der Verwendung öffentlicher Gelder für solche gewerkschaftlichen Zwecke frage, so sei zu antworten, daß der alljährlich gezahlte staatliche Zuschuß als Gegenleistung für einen von der Gewerkschaft der Gesellschaft erwiesenen Dienst zu gelten habe. Sei es doch dem gewerkschaftlichen Unternehmenseinzu danken, daß die Armenverwaltung nicht habe einzugreifen brauchen, und daß der Organisierte Erziehung zur Sparjamkeit, Selbstverwaltung und Selbstbeherrschung genossen habe.

Jedoch die Unorganisierten? Gegen diese kann, wie die Verfasser ausführen, nur der Zwang helfen. Von ihnen habe der Staat eine besondere Steuer in bestimmter Höhe zu erheben, ohne daß er verpflichtet sei, den Ertrag der Steuer auch wieder gleichmäßig zu verteilen. „Aber durch freiwillige Versicherung (in der Gewerkschaft) über und neben der Staatssteuer seinen Befähigungsnachweis zur Sparjamkeit und Selbstverwaltung erbringt, dem kann man mit aller Ruhe und Gerechtigkeit nicht nur eine höhere Summe aus der gemeinsamen Kasse bewilligen, sondern auch das Vorrrecht, seinen Anteil durch die eigene Hilfskasse oder den Gewerksverein als frei verfügbares Geldvermögen zu beziehen. Dagegen müssen alle nicht freiwillig Versicherten während der Dauer der Krankheit oder Arbeitslosigkeit sich im öffentlichen Interesse der für sie vuzusehenden Fürsorge fügen. Will es doch, die außerhalb des erziehbaren Einflusses der Organisationen verbliebenen Arbeiter in staatliche Kur zu nehmen.“

Wem fällt hier nicht der immense Unterschied des Vertrauens auf, mit dem in England und in Deutschland Arbeiterführer oder radikale Sozialpolitiker dem Staate gegenüberstehen? In Deutschland kommt aus nur zu berechtigten Ursachen bei den Gewerkschaften das stärkste Mißtrauen gegen den Staat zum Ausdruck. Dieser Staat hat die Arbeiterorganisationen seit Menschengedenken gehetzt und verfolgt sie bis auf den heutigen Tag. Er hält ihre Mitglieder aus öffentlichen Betrieben fern, und gemäß der Beurteilung in der Justizvorlage des Jahres 1899 ist ihm heute noch der Streikbrecher das Ideal des Arbeiters, das „für den Staat besonders nützliche Element“, während der Ausständige, insbesondere wenn er Streikposten steht, vom Schutzmann zu drangsalieren ist.

In England hingegen ist der moralisch minderwertige, den der Staat zur Seittung zu erheben hat, damit er würdig würde, an den Unterstützungseinrichtungen freigewerkschaftlicher Organisationen schließlich teilzunehmen. Es erübrigt sich, auf die Frage einzugehen, ob im klassischen Lande der kapitalistischen Entwicklung und des Gewerkschaftswesens der Staat tatsächlich in absehbarer Zeit die ihm zugeordnete Aufgabe übernehmen wird. Es kommt hier nur darauf an, daß gezeigt werde, wie in einem politisch vorgeschrittenen Lande die Begriffe von Staatssozialismus, vom erziehbaren Wirken der Staatsgewalt ganz andere sind als im polizistichen Preußen-Deutschland.

Die Entwicklung des englischen Außenhandels.

Eine Veröffentlichung des englischen Handelsministeriums zeigt das Wachstum des Handels mit den wichtigsten europäischen Nachbarländern. Danach wurden an ganz oder wesentlich bearbeiteten Waren aus- und eingeführt in 1000 Pfund Sterling (zu 20,43 Mk.):

1. Ausfuhr aus England nach	1881	1911
Frankreich	13,221	17,038
Deutsches Reich	9,310	24,089
Belgien	2,728	5,154
Niederlande	13,320	14,365
2. Einfuhr nach England aus	1881	1911
Frankreich	17,789	31,740
Deutsches Reich	13,583	41,325
Belgien	5,816	13,216
Niederlande	5,153	23,898

Diese Zahlen zeigen eine Steigerung des Handelsverkehrs mit den genannten Staaten auf mehr als das Doppelte in 30 Jahren: von 80 920 000 auf 170 825 000 Pf. Während aber die Ausfuhr englischer Waren nur um 22 067 000 Pf., d. i. etwas über die Hälfte (57 Prozent) Zunahme, stieg die Einfuhr nach England um nicht weniger als 67 898 000 Pf.: auf das Zweieinhalbfache (um 166 Prozent). Die Ausfuhr wurde von der Einfuhr 1881 um knapp 3,8 Mill. Pf. überstiegen, 1911 aber um 50,5 Mill.: ein Zeichen der riesigen Schnelligkeit, mit der sich die Entwicklung Englands zum Vermittler- und Rezentrat vollzieht, der imstande ist, teils an Frachten, teils an Zinsen u. dgl. aus dem Ausland weit größere Werte zu beziehen, als er ihr in Form eigener Waren zurückgibt.

Interessant ist auch die Verschiebung der Stelle, die die einzelnen Staaten einnehmen. Die Ausfuhr Englands nach Frankreich ist nur um 29 Prozent, die englische Einfuhr von dort um fast 80 Prozent gestiegen, der Gesamt-handel um 57 Prozent. Dagegen wuchs die englische Ausfuhr nach dem deutschen Reich um 151, die Einfuhr von da gar um 204 Prozent, hat sich also mehr als verdreifacht. Die deutsche Ausfuhr nach unseren sämtlichen Schutzgebieten (50,2 Mill. Mk.) war nicht ganz 4 Prozent unserer Ausfuhr nach England (1336,4 Mill. Mk.), ganz abgesehen von dem großen Anteil, der auf den Bedarf der dort stationierten Beamten und Soldaten entfällt, also keinen Gewinn, sondern wegen des weit größeren Bedarfs einen Verlust des deutschen Wirtschaftsgebietes darstellt. Die englische Ausfuhr nach Belgien hat sich fast, die Einfuhr von dort weit mehr als verdoppelt. Dagegen blieb die Ausfuhr nach den Niederlanden fast stationär (+ 8 Prozent), während die Einfuhr von da sich nahezu verdreifachte (+ 364 Prozent). — Im Gesamt-handel ist an Stelle Frankreichs das deutsche Reich an die erste Stelle getreten.

Balkanperspektiven.

Sofia, 15. Januar.

Wie schwer es auch sein mag, in allen Einzelheiten die Veränderungen vorauszusagen, die der Krieg im sozialpolitischen Leben Bulgariens hervorgerufen wird, die Grundlinien dieser Veränderungen lassen sich jetzt schon klar erkennen. Die Lage, die der Krieg schaffen wird, bietet wenig erfreuliches, besonders hinsichtlich der sozialen Reformen, deren das Land so sehr bedarf.

Wie überall, so werden auch in Bulgarien soziale Reformen fast ausschließlich von der sozialistischen Partei gefordert. Infolge von Fraktionsstreitigkeiten war die Partei in den letzten Jahren allerdings so schwach, daß sie unmittelbaren Einfluß auf die Gesetzgebung nicht ausüben konnte, aber ihre langjährige Tätigkeit hat der Bevölkerung, besonders den arbeitenden Klassen, die Notwendigkeit und Möglichkeit sozialer Reformen doch so tief eingepflanzt, daß jede Regierung, welcher Partei sie auch angehört, gezwungen war, soziale Reformen zu versprechen. Das hat auch die gegenwärtige Koalitionsregierung, besonders ihr linker Flügel — die sogenannten Progressisten — getan, indem Gesetzesvorlagen über das gewerbliche Risiko, über die Gründung eines Arbeiterversicherungsfonds, der alle bestehenden Fonds vereinigen sollte, über den Lohnvertrag, über Fabrikhygiene u. in Aussicht gestellt wurden. Jetzt, nach dem Kriege, wird die Stimmung zugunsten dieser Reformen zweifellos sehr sinken. Der Handels- und Arbeitsminister sagte zwar mehr als einmal, daß die neue Lage ihn nicht zwingen könne, die vorgesehenen Reformen aufzugeben, aber es ist augenscheinlich, daß im besten Falle diese Reformen nur auf dem Papier aufgeführt werden können. Die Durchführung der Reformen ist in nächster Zukunft unmöglich; aus vielen Gründen, von denen der wichtigste die Angliederung neuer Länder an Bulgarien ist. Die neuen Gebiete sind weit zurück, Bulgarien wird deshalb gezwungen sein, erst für die elementarsten Bedürfnisse der neuen Gebiete zu sorgen: für Gerichtswesen, Verwaltung sowie auch für die Regelung der Agrarverhältnisse in Mazedonien. All dies wird viel Geld und viel Zeit kosten, und die Regierung wird mit dieser Belastung die Zurückstellung der sozialen Reformen begründen. Selbst der Druck derjenigen Volksschichten, die die Regierung auf die Bahn sozialer Reformen drängt, dürfte nachlassen. Denn sobald der Frieden geschlossen und sobald die neuen Gebiete an Bulgarien angegliedert, wird eine Masse arbeitsloser Intellektueller und Lohnarbeiter nach Mazedonien übersiedeln, um dort ihr Glück zu versuchen. Das kann selbstverständlich nicht ohne Einfluß auf die Arbeiterorganisationen in Bulgarien bleiben, die ohnedies durch den Krieg sehr geschwächt sind.

Andererseits werden viele heimatlose Mazedonier nach Bulgarien kommen, um hier sogleich zu verdienen, daß sie später eine selbständige Kleinbürgerliche Existenz in Mazedonien zu gründen in der Lage sind. Das Steigen des Arbeitsangebots wird natürlich die Konkurrenz unter den Proletariatsmassen verschärfen, wird das Bewußtsein der Gemeinamkeit der Klasseninteressen verdunkeln und den individuellen Kampf ums Dasein in den Vordergrund rücken. Und es ist sonnenklar, daß unter diesen Verhältnissen die Arbeiterorganisationen und die sozialistische Partei stark leiden müssen.

1 Mk. Lotterie
 15. Febr.
 ohne Abz.
 Gewinn
 0 Mk.
 Gewinne zus.
 0 Mk.
 Gewinne zus.
 0 Mk.
 Gewinne zus.
 11 Lose 1/2
 Porto u. Liste 25
 Lott-Unter-
 ürmer
 urg i. E.
 rasso 107.
 Carl Götz,
 asse 11/15,
 & Wehrle,
 öhringer,
 60, E. Flaga,
 aringer,
 osverkaufsl-
 len. 4691

en spielen
 el rauhen Wel-
 ne an eine Gr-
 ihre Folgen zu
 ngliche Mütter
 in gern im Sim-
 die Zimmerluft
 it und zu Erhal-
 geneigt macht.
 es, ihnen bei
 Dittierung einige
 nenen Wertber-
 geben, die die
 ne kräftigen
 sind d. Wertber-
 elntretendem
 rasch und sicher
 kosten in allen
 nd Prozerien
 Schachtel.

Stimme, mehrere
 reizeude
 adt. Schwarzleib
 in gepr. Wulleid
 zu verkaufen.
 41, 4. St. links.
 u-Mzüge
 bedekte Rollen) bei
 K. Muffinger,
 r. 1. Leifmostr. 3a.

Wahr ist im Lande ein Aufschwung der Industrie, besonders soweit der Eisenbahnbau in Frage kommt, zu erwarten. Dieser Aufschwung wird viel fremdes Kapital herbeiloden, aber es ist zweifelhaft, ob dies sofort der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und der sozialistischen Partei förderlich ist. Dagegen gehen die nationalistischen Parteien geträgt aus dem Kriege hervor und diese werden sich aus eigennütigen Beweggründen der Monarchie und dem unvermeidlichen Militarismus nachgiebig zeigen. Ich sage: „Dem unvermeidlichen Militarismus“, denn zweifellos hat die Gebietsvergrößerung und die Erhöhung der Reibungsgefahr unter den Balkanstaaten eine Verstärkung des Heeres zur Folge. Außerdem bringt der Zugang zum neuen Meere sicher die Schaffung einer Kriegsflotte. Hand in Hand mit der Stärkung des Militarismus geht eine Kräftigung des Monarchismus — auch schon um deswillen, als die Erfolge des Krieges natürlich in erster Linie dem königlichen „Kriegsherrn“ zugeschrieben werden.

Es sind also vergebliche Hoffnungen, wenn die Arbeiter annahmen, nach Beendigung des Krieges werde die Regierung durch Organisation von öffentlichen Arbeiten der Arbeitslosigkeit abhelfen. Dazu wären bedeutende finanzielle Mittel erforderlich. Die bulgarische Regierung wird aber, soweit die Mittel reichen, zur Vergrößerung der Armee, zum Bau von Kriegsschiffen und zur Ersetzung der verbrauchten Kriegsmaterialien verwenden.

Was kann unter solchen Umständen die sozialistische Partei tun, die einzige Vertreterin der arbeitenden Klassen, die einzige Gegnerin des Militarismus in Bulgarien? Ihre Wirksamkeit wird sehr erschwert, ihre Propaganda, mindestens in der ersten Zeit nach dem Kriege, sehr unpopulär sein. Der Agitation gegen den Militarismus werden die großen Siege und die „befreiten“ Gebiete entgegengehalten werden. Und die Arbeitermassen sind vor allem von dem Wunsche besetzt, für ihre hungernen Familien zu sorgen. Schon die Tatsache, daß man vor der Mobilisierung keinen Massenprotest gegen den Krieg organisieren konnte, bezeugt deutlich die Entmutigung und Desorganisation der Arbeitermassen. Daran ist auch der Zwist der sozialistischen Fraktionen nicht wenig schuld, der lähmend auf alle Massenaktionen einwirkt.

Die Gebietsvergrößerung und der Zugang zum Ägäischen Meere sind also vorüberhand die einzigen positiven Ergebnisse des Balkankrieges für Bulgarien. Die negativen Folgen aber sind die Verlangsamung der gesetzgebenden Arbeit im allgemeinen und der sozialen Gesetzgebung im besonderen, die Stärkung des Militarismus und der nationalistischen Parteien, die Schwächung der Demokratie.

Alle diese Folgen würden nicht eintreten, meint Genosse Nikola Charlakoff, wenn die macedonische Frage auf eine andere Weise gelöst worden wäre, d. h., wenn man statt der Verteilung Macedoniens unter die Balkanstaaten das ungeteilte Macedonien selbständig gemacht hätte. Eine solche Lösung würde zu keiner Kräftigung des Militarismus in den verbündeten Staaten führen und würde auch keine neuen nationalen Streitfragen schaffen. Die Angliederung der eroberten macedonischen Gebiete zu den einzelnen Balkanstaaten kann die herrschende Wirrnis nicht beseitigen. Es ist absolut unmöglich, die Staatsgrenzen gemäß der bunten Ethnographie Macedoniens zu ziehen. Wie man auch die Grenzen ziehen mag, ein Teil der bulgarischen Bevölkerung wird Serbien zufallen, ein Teil der griechischen wird Bulgarien einverleibt werden usw., und das muß in Zukunft die nationalen Reibungen unter den Balkanstaaten nur noch mehr verschärfen. In einem selbständigen Macedonien dagegen könnte jede Nationalität ihre Autonomie erlangen, und dies wäre zugleich der erste Schritt zu einer allgemeinen Balkanföderation. In diesem Falle gäbe es keinen Reid und keine Zwietracht unter den verbündeten Staaten, und es gäbe auch keinen Zwist mit Rumänien, der jetzt so starke Befürchtungen erweckt.

Die Finanzierung des Eucharistischen Kongresses.

Aus Wien wird uns geschrieben:
Im September vorigen Jahres fand in Wien der Eucharistische Kongress statt, jene große internationale Parade, die unter religiösem Deckmantel den Geschäften des Merkantilismus zu dienen bestimmt ist. War doch im Programm dieser Veranstaltung einer der Hauptpunkte, daß 240 Bischöfe und 20 000 Priester aus aller Welt zusammenkommen, daß auf offener Straße Altäre errichtet werden und mehrere Tausendtausend Schulfelder auf einmal in einem öffentlichen Park die Kommunion empfangen sollten. An der Spitze des Arrangements stand der ganze hohe Adel Oesterreichs, geführt von der Protektorin des österreichischen Merkantilismus, der Thronfolgergemahlin Fürstin Söhenberg. Da aber vorausgesehen war, daß die Wiener christlichsozialen Bevölkerung bestienfalls bei der großen Prozession die Zuschauer bestellen werde, mußte man, um die Demonstration möglichst großartig zu gestalten, für Zugzug aus den dunkelsten bauerlichen Gebieten des In- und Auslandes sorgen. Nicht weniger als zwei Millionen Kronen mußten aufgebracht werden, zu denen weder der hohe Adel noch der hohe Klerus auch nur einen Heller beizutragen gesonnen waren. Diese begünstigten sich damit, ihre erlauchten Namen und ihre Gala-Equipagen beizustellen. Wo sollte also das Geld aufgebracht werden? Guter Rat war teuer, die Verlegenheit groß. Da kam ein ingenieüser Kopf auf die Idee, die ganzen zwei Millionen für die literale Demonstration bei den — jüdischen Millionären zu holen, die dafür durch die Erhebung in den Adelsstand belohnt werden sollten.

Der Plan war schlau erdormen und wurde auch rasch in die Tat umgesetzt. Schon im Jahre 1911 wurde auf der Wiener Börse nach Leuten geforscht, die ihr gutes jüdisches Geld — non ole! — den heiligen katholischen Wunden widmen wollten. Der Adel wurde förmlich auf der Börse ausgeboten. Die Verhandlungen zogen sich lange hin. Da wurde den Beranfalttern des literalen Kongresses wie den nichtliteralen Anwärtern um den Adelsstand ein Strich durch die Rechnung gemacht. Im März 1912, also ein halbes Jahr vor dem Eucharistischen Kongresse, deckte die „Arbeiter-Zeitung“ den ganzen Handel auf, indem sie zugleich vier vielfache Millionäre jüdischen Glaubens — jeder 20 bis 100 Millionen schwer — mit Namen nannte, mit denen das Geschäft schon nahezu perfekt sei. Natürlich folgten die üblichen Ablegungen. Als im September die literale „Reichspost“ höhnend darauf verwies, daß die von der „Arbeiter-Zeitung“ vorausgesagten Mobilisierungen nicht erfolgt seien, wiederholte die „Arbeiter-Zeitung“ wieder ihre Behauptungen und vervollständigte sie noch, indem sie jetzt noch einen fünften jüdischen Millionär nannte, der zum Danke für die Finanzierung des Eucharistischen Kongresses den Adel erhalten sollte. Diesmal war es ein besonders fettes Stück, mit dem unser Parteiblatt aufwarten konnte: ein Rothschild'scher Schwiegerjohn.

Seit dem Eucharistischen Kongresse sind erst vier Monate verstrichen und schon ist die Prophezeiung der „Arbeiter-Zeitung“ bei zweien der jüdischen Millionäre, natürlich bei den zwei reichsten, in Erfüllung gegangen. Lange hat man sich damit nicht herausgewagt, schließlich aber bestanden die Geldgeber des literalen Kongresses offenbar auf ihrem Schein — aus Ueberzeugung hatten sie ja ihr sauer verdientes Geld nicht für die Feier des Marzafamentes hergegeben! — und heftigen Honorierung. Was blieb den Verkäufern übrig, als, da sie das Geld genommen hatten, auch die Ware herauszugeben. Im Dezember wurde der Name des ersten bekannt. Es war der hundertfache Millionär Reihes, dem die Baronin verliehen wurde. Für die Christlichsozialen war gerade dieser Name besonders peinlich, weil Reihes sein ganzes Vermögen von seinem Onkel geerbt hat, von jenem Tambov-Reihes, gegen den Dr. Rieger, weil er als Hauptaktionär der Wiener Tramway die Wiener Bevölkerung auf das unerträglichste ausgebeutet hatte, einen jahrelangen erbitterten Kampf geführt hat. Natürlich folgte wieder ein Dementi: Reihes habe bloß 200 000 Kronen für die Wiener Garnisonsspitaler gewidmet und er habe weder dem Ministerpräsidenten noch der Regierung überhaupt einen Betrag für den Eucharistischen Kongress oder für einen anderen Zweck übergeben. Als ob jemand jemals solches Geld der Regierung direkt übergeben hätte. Wenn dieses Dementi noch einer Widerlegung bedurfte, so ist sie dadurch erfolgt, daß diese Woche wieder einer der von der „Arbeiter-Zeitung“ Genannten geendet wurde. Es wurde der Bankier Sigmund Springer, der Schwiegerjohn des vor etwa zwei Jahren verstorbenen Chefs des Wiener Hauses Rothschild — Albert v. Rothschild — in den Adelsstand erhoben — und die offizielle Mitteilung über diese Auszeichnung besagte, daß Herr Springer 500 000 Kronen für das „rote Kreuz“ gewidmet habe. So wird von der sozialdemokratischen Voraussetzung Stück um Stück erfüllt und die Christlichsozialen wissen sich nicht anders zu helfen, als indem sie — wie es wirklich die „Reichspost“ tut — die Auszeichnung

der Reihes und Springer als Beweis dafür anführen, daß die Sozialdemokraten mit den reichen Juden sehr intim sein müssen, daß sie von diesen Auszeichnungen schon vorher erfahren. In Wirklichkeit ist aber der Beweis wieder einmal glänzend erbracht, in einem wie innigen Verhältnis das jüdische Finanzkapital zu den Merkantilen steht.

Deutsche Politik.

Hoch Hohenzollern! Prinz Albert, der zweite Sohn, des englischen Königs, ist im Dezember bei der Seeoffiziersprüfung vorletzter unter 65 Prüflingen geworden. Da sind unsere Hohenzollernprinzen doch andere Kerle. Sie machen alle ihre Examen mit Auszeichnung und bringen den prüfenden Professoren zur Belohnung dafür gleich Orden mit. Heil uns!

Der Rücktritt des Kriegsministers. Das „Berliner Tageblatt“ teilt am Donnerstag mit, daß der Kriegsminister v. Seeringen durch den General Callowig ersetzt werden soll. Diese Nachricht ist mindestens verfrüht. Daß zwischen dem Kriegsminister und dem ihm übergebenen Militärkabinett eine gewisse Spannung besteht, ist bekannt und Herr v. Seeringen wird im Reichstage einen schweren Stand haben, wenn er das Projekt vertreten soll. Dem Chef des Militärkabinetts eine Villa in der Viktoriastraße als Dienstwohnung zur Verfügung zu stellen. Wenn für den Chef des Militärkabinetts eine Dienstwohnung nicht vorhanden ist, dann hat er Anspruch auf ein Wohnungsgeld von 15 000 M. im Jahre. Für dieses Geld kann er in Berlin stets eine prächtige Wohnung bekommen. Diesem Offizier aber in einer der teuersten Gegenden Berlins eine Villa zu überweisen, wäre eine unglückliche Verschwendung der Steuergrößen. An sich ist es übrigens ganz gleichgültig, ob der Offizier, der im Reichstage die Maßnahmen des überantwortlichen Militärkabinetts zu vertreten hat, Seeringen heißt, oder Callowig, es ist derselbe Faden, nicht einmal eine andere Nummer.

Der Preussentag der Fortschrittler. Heute Montag beginnt im „Reichstag“ in Berlin der fortschrittliche Preussentag, für den folgende Tagesordnung festgesetzt ist: 1. Unsere Forderungen an den preussischen Landtag (Referent Abg. Dr. Biemer); 2. Die Reform des Wahlkampfes (Referent Abg. Fischel); 3. Die Wahlrechtsreform (Referent Abg. Dr. Radnische); 4. Innere Kolonisation (Referent Abg. Hoff); 5. Wahl eines Vorstandes der preussischen Landesorganisation.

Der heftige Landtag wird voraussichtlich am 11. Februar zusammenzutreten und die Beratung des Staatsbudgets für 1913 vorzunehmen.

Ausland.

Ungarn. Vom ungarischen Wahlrechtskampf. Die Regierung hat angesichts der scharfen Agitation für den Massenstreik den öffentlichen Verkauf des sozialdemokratischen Parteiorgans „Nepszava“ für das ganze Land verboten und außerdem, wie das genannte Blatt mitteilt, die Behörden angewiesen, die Fachorganisationen und Zahlstellen der Arbeiter einer Kontrolle zu unterziehen.

Portugal. Ein riesendefizit im Budget. Der neue radikale Ministerpräsident Alfonso Costa hat im Parlament den Budgetentwurf eingebracht, den die letzte Regierung für 1913/14 ausgearbeitet hat. Obwohl das letzte Finanzministerium alle Ausgaben genau geprüft hatte und die verfügbaren Einkünfte sich auf 360 Millionen Mark belaufen, weist das Budget doch ein Defizit von 37 200 000 Mark gegen 9 bis 10 Millionen in den letzten Jahren auf. Alfonso Costa hat in den vier Tagen, seitdem er zur Macht gelangt ist, das Defizit mit ein paar hüben Strichen auf 15 200 000 Mark herabgemindert, aber dieses Budget hat große Ueberlastung auch in sonst unvollkommenen Finanzangelegenheiten hervorgerufen. Die deutsche imperialistische Presse druckt diese Nachricht aus Lissabon mit auffälligem Vergnügen ab. Denn je größer das Defizit in Portugal ist, um so näher sieht sie den Zeitpunkt kommen, an dem Portugal seine Kolonien an Deutschland und England veräußern muß. Worrel, der Vorsitzende der englischen Kongogliga, der sich durch die Bekämpfung der Sklaverei im Kongogoaat anerkanntswerte

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant.
Von E. Dewitt. (Nachdr. verb.)

5. (Fortsetzung.)

„Es bereitet mir Vergnügen, Frau Bernalad.“ fuhr Seine Lordschafft gnädig fort, „von Ihnen zu vernehmen, daß unser häuslicher Zirkel durch die Ankunft einer jungen Dame vergrößert werden wird. Die Ankündigung beweist, wenn es eines solchen Beweises überhaupt noch bedürfte, in wie vorzüglicher Weise Sie bedacht sind. Ihren Gästen den Aufenthalt in Ihrer Häuslichkeit so angenehm wie möglich zu gestalten.“

Der Professor der Magie, der mit seiner Miets fünf Wochen im Rückstand war, murmelte einige Worte des Inhalts, daß er die von Seiner Lordschafft vorgebrachte Ansicht voll und ganz teile.

„Offentlich wird es ein hübsches junges Mädchen sein.“ fuhr der Lord fort, „denn der Anblick eines hübschen Gesichtes tut so wohl wie ein Tag voll Sonnenschein.“

„Es ist ein schönes Mädchen.“ beteuerte Frau Bernalad mit Begeisterung, „und ich bin überzeugt, daß sie auch eben so gut ist, denn sie zahlte mir die volle Pension und Miete für drei Monate im voraus. Und ein Klavier hat sie auch, auf dem sie selbst spielen wird. Sie ist Schneiderin von Beruf und möchte sich hier gerne selbständig machen. Sie hat auch etwas Geld, wie sie sagt.“ Ein vergnügtes Nücheln glitt bei diesen Worten über ihre Lippen, da sie insgeheim überzeugt war, daß der größte Teil dieses Geldes sehr bald den Weg in ihre eigene Tasche finden würde.

„Eine Schneiderin!“ rief Lady Davenant erfreut aus. „D. erzählen Sie mir alles, was Sie wissen. Auch ich war einmal eine Schneiderin, das heißt, ehe ich Seine Lordschafft heiratete. Das war natürlich noch lange vor der Geltendmachung seiner Ansprüche auf den Titel und das Erbe der Familie Davenant.“

„Ja.“ nahm die Hauswirtin den Faden ihrer Rede

wieder auf, „schon heute abend wird die junge Dame eintreffen und ihr erstes Mahl bei uns einnehmen. Ihr Name ist Kennedy und sie kommt aus guter, wenn auch nicht adeliger Familie, was ja auch weiter kein Fehler ist, denn nicht alle Menschen können von Rittersn oder andern erlauchten Vorfahren abstammen.“

Frau Bernalad wurde in ihrer Rede durch den Professor gestört, der mittlerweile sein Frühstück verzehrt hatte und sich jetzt von seinem Sitz erhob. Herr Climo war ein junger Mann von einundzwanzig Jahren, der sich Professor der Magie nannte und seinen Lebensunterhalt durch Ausübung der Taschenspielerkunst verdiente. Das Londoner Bestand war freilich kein genügendes Feld für die Betätigung dieser Kunst. Aber ihr Jünger verlor die Hoffnung nicht, selbst wenn er sich zuweilen auch ohne Engagement befand, und wurde in solchen Fällen ein einfacher Zimmerherr, der seine Mahlzeiten außerhalb des Hauses annahm, wann und wo sich ihm gerade die Gelegenheit dazu bot. Niemand konnte seinem Beruf mehr ergeben sein als er, und er benutzte von seiner freien Zeit jeden Augenblick, um sich in neuen Versuchen zu üben, wobei ihm die Mitbewohner mit oder ohne ihren Willen behilflich sein mußten.

Frau Bernalads Pension lag im fernsten Ostend, in jenem Teil Londons, der Engländern unbekannter als die Wildnis Kolorados oder die Fichtenwälder Britisch-Kolumbias ist. Das Haus stand in Stepany Green, einem kleinen grünen Streifen Eden, der, abgesehen von den Bewohnern seiner nächsten Umgebung, wohl nur von wenigen besucht worden ist. Gleichwohl ist es ein romantisches Städtchen Erde.

Es war ein altes, aus roten Ziegelsteinen aufgeführtes Haus und wies als äußeren Zierrat einen Muschelaufbau über der Türe auf. Es bot Raum für etwa acht Pensionäre, die über ein gemeinsames Wohnzimmer verfügten, in dem auch alle Mahlzeiten eingenommen wurden. Obwohl Rauchen nur nach dem Abendessen gestattet war, hatte sich doch der Tabakgeruch in allen Ecken und in allen Möbeln festgesetzt — in den verblichnen Gardinen, die Sommer und Winter über den Fenstern hingen, auf dem alten Hof-

haarsjofa und den wackligen Lederstühlen, wie an der mit Kostfledern bedeckten Tischdecke.

Die ganze Ausattung war äußerst schäbig. Einst hatten rote Tapeten die Wände geschmückt, doch war von der früheren Farbe nur noch ein schmutziges Dunkel geblieben; der rauchgeschwärzten Decke sah man an, daß sie seit vielen Jahren nicht getüncht worden war, eines neuen Anstrichs bedürftigen Tür und Fenster, welche letztere überhaupt nie gewaschen wurden, während die Schüre der Mouscauz zerrissen und diese selbst mit Stednadeln hochgesteckt waren. Man durfte ohne Uebertreibung sagen, daß den Zimmern ein großes Reinemachen, Putzen und Scheuern dringend notat.

Zwei Armstühle standen, wenn sie nicht gerade während der Mahlzeiten benutzt wurden, auf beiden Seiten des Kamins und waren ausschließlich für Lord und Lady Davenant bestimmt. Sie waren, wie das Sofa, mit Roßhaar gefüllt und an der Oberfläche äußerst klitzig. Inmitten des Zimmers stand ein langer Tisch mit einer roten, sadenscheinigen Decke, während auf dem Boden ein Brüsseler Teppich lag, der einmal neu gewesen, jetzt aber an seine vergangene Pracht erinnerte. An den Wänden hingen einige Gemälde, die mit Büchern gefüllt waren, welche Lord Davenant gehörten; auf dem Kaminsims war eine Sammlung von Tabakpfeifen untergebracht, und darüber erhob sich an der Wand das Brustbild des seligen Samuel Bernalad, der einst als Kassierer im Dienste der großen Brauerei Marsden, Messinger u. Co. gestanden hatte.

Seine Wittib, die die Pension betrieb, war eine gutmütig veranlagte Frau und betrachtete die Welt durch die Brille eines unverbesserlichen Optimismus, dem eine gute Gesundheit und ein einigermaßen einträgliches Geschäft genügen, um den Besitzer zu der Anschauung zu bekehren, daß wir in der besten der Welten leben, in der alles auf das Beste geordnet ist.

Das erlauchte Paar hatte ihr vor sechs Wochen die Ehre erwiesen, in ihrem Hause Wohnung zu nehmen, nachdem es zuvor eine zeitlang in einem Pensionat des ferren Westens gewohnt hatte. Es hatte die Reife von Amerika

diese Herren den schärfsten Terror gegen ihre eigenen Berufsgenossen! Bei der Durchführung der Tarifverträge über die Unternehmung oft passiver Resistenz, sie versuchen fortwährend die tarifrechtlichen Bestimmungen abzuändern. Da kann man die Vermutung nicht unterdrücken, daß in diesem Vorgehen System liegt. (Lebhafte Zustimmung.) Wir müssen auch bittere Klagen über Verstöße der Unternehmer gegen die Tarifverträge führen. Der Arbeitgeberverband erklärte neulich, an eine friedliche Regelung der Tarifbewegung sei nicht zu denken, die Arbeiter ständen dem Tarifgedanken feindlich gegenüber. Das ist unrichtig! Diese Behauptung muß als sittlich unberechtigt zurückgewiesen werden, sie ist eine große Täuschung der Öffentlichkeit und muß als eine schwere Verleumdung der in Betracht kommenden Gewerkschaften zurückgewiesen werden. (Stürmische Zustimmung.) Wir wollen nicht den Krieg, sondern die Besserstellung unserer Mitglieder; der Krieg ist nur als äußerstes Mittel bezeichnet worden. Von den Verhandlungen in München haben die Arbeitgeber falsche Nachrichten verbreitet. Es wurde gesagt, unser Vertreter habe erklärt, wir verlangten eine 50prozentige Lohnhöhung. Mit dieser falschen Notiz soll die Öffentlichkeit gegen die unersättlichen Forderungen der Arbeiter aufgerufen werden. Dadurch wird von vornherein das Kampffeld bedeutend verschoben. Wir haben dem Arbeitgeberverband von dieser falschen Nachricht Mitteilung gemacht und erwarten Antwort. Der Arbeitgeberverband nimmt dieselbe Stellung wie früher bei dieser Bewegung ein. Ihm kommt es auf die Niederwerfung der Arbeiterorganisationen an. Er wird die Bedeutung der Lohnfrage nicht von den idealen Momenten aus betrachten. Herr Nood hat gesagt, die Arbeiter dürften es nicht riskieren, mit einer Lohnforderung zu kommen. Da müssen wir sagen, eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist eine Notwendigkeit.

Unsere grundsätzliche Stellung zur Lohnbewegung liegt in meinen bisherigen Ausführungen. Die Konjunktur im Baugewerbe ist eine gute, sie wird, wenn der Krieg zu Ende ist, eine noch bessere werden. Was unsere Forderungen betrifft, so steht fest, daß wir diese nicht aus Übermut aufstellen, sondern durch Maßnahmen des Staates und der herrschenden Gesellschaft, die uns diese aufzwingen. Als Sachwalter unserer Mitglieder müssen wir dafür sorgen, daß die Lebenshaltung dieser unserer Schutzbefohlenen nicht weiter herunter gedrückt wird. Es ist ein Gebot der Pflicht, aus Menschlichkeitsgründen für unsere Mitglieder dahin zu wirken, daß ein Ausgleich zwischen der Verteuerung der Lebensmittel und den Löhnen geschaffen wird. Die Steigerung der Warenpreise ist enorm, das mußten selbst amtliche Stellen zugeben. So sind unsere Forderungen von außerordentlichen Verhältnissen diktiert. Wir müssen eine allgemeine Lohnhöhung und einen Ausgleich in den Gebieten, wo die Löhne sehr verschiedene sind, verlangen. Eine Arbeitszeitverkürzung ist in den Gebieten durchzuführen, wo sie sich notwendig erachtet; und daneben streben wir eine Verringerung des Vertragsmusters. Auch die Bestimmungen über die Affordarbeit müssen geändert werden. Es muß der Grundsatz aufgestellt werden, daß nur dort durch Vertrag die Affordarbeit gestattet wird, wo sie tatsächlich üblich ist. Wie die Bestimmung jetzt lautet, daß überall Affordarbeit gestattet ist, ist sie ein Mittel, die Kollegen zur Affordarbeit anzuhäufeln. Die Frage des Arbeitsnachweises muß einer gründlichen Regelung und Verringerung unterzogen werden. Silberstädter geht nun auf die diesjährigen Tarifverhandlungen ein. Die Arbeiter verlangten die Festsetzung eines bestimmten Lohnminimums. Die Arbeitgeber erklärten aber, daß sie nicht in der Lage seien, ihren Mitgliedern im Lande vorzuschreiben, eine Lohnhöhung zu gewähren. Wir werden aber nicht eher in örtliche Verhandlungen eintreten, bis uns eine Lohnhöhung garantiert ist. Das ist die erste Forderung, über das Vertragsmuster wollen wir später reden. Es muß bei den künftigen Verhandlungen zunächst eine Grundlage für die Bezirks- oder örtlichen Verhandlungen geschaffen werden. Bezüglich der Arbeitszeit müssen sich die Arbeitgeber bereit erklären, die Hindernisse, die sie 1908 angebracht haben, daß die Arbeitszeit nicht unter zehn Stunden betragen darf, zu beseitigen.

So friedlich auch die Sache heute aussieht, so muß doch an unsere Kollegen die Warnung gehen, daß es nicht immer friedlich geht. Wir müssen uns so rüsten, uns so klar zum Gesicht machen, daß wir jeder Situation gewachsen sind. Geben wir uns keiner allzu großen friedlichen Stimmung hin. Bleibt der Friede erhalten, so freuen wir uns, kommt es aber zum Kampf, dann werden auch diesmal die deutschen Bauarbeiter in alter Einmütigkeit und Disziplin ihren Mann stellen. (Stürmischer Beifall.)

Auf Antrag wird beschlossen, um den Eindruck der Rede Silberstädters nicht abzuwachen, von einer Debatte Abstand zu nehmen.

Einmütig nimmt der Verbandstag folgende Resolution an: Der Verbandstag stimmt den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Sachen der Lohnbewegung zu; er beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Aktionsausschuß die notwendig werdenden Verhandlungen weiter zu führen und hat das Vertrauen zu den Verbandsvertretern, daß sie die Interessen der Bauarbeiter in jeder Hinsicht wahren werden.

Der Verbandstag erneuert die früheren Beschlüsse, wonach die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote und Vergleichsvorschläge nur durch den Verbandstag getroffen werden kann. Damit ist dieser Punkt erledigt. Die Verhandlungen werden auf Freitag vertagt.

Außerordentl. Internat. Bauarbeiterkonferenz.
kr. Jena, 15. Januar.

Die zweite Sitzung der Konferenz tagte erst heute abend, da gestern die Tagung des Bauarbeiterverbandes die Teilnehmer zu lange zusammenhielt. Zu Beginn der Sitzung wurde zur Sprache gebracht, daß in Dänemark für die Aufnahme in den Verband immer noch die Vorlegung des Lehrscheines verlangt wird, was von den bisherigen internationalen Konferenzen bekämpft worden sei. Der dänische Delegierte erklärt hierzu, daß sein Vorstand dafür wirken wolle, daß diese Bestimmung auf dem nächsten Verbandstag ihrer Organisation zur Aufhebung kommt.

Zur Beratung gelangten dann mehrere Anregungen der Föderation der Bauarbeiter Frankreichs. In der ersten wird zunächst dargelegt, wie das gesamte Unternehmertum im Baugewerbe sich immer mehr zusammenschließt, mächtige Zentralverbände gründen und auch eine Internationale der Bauunternehmer schaffen. Es sei daher notwendig, daß auch das Sekretariat sobald wie möglich insstande sei, der Unternehmertumorganisation die feste Macht, eine einheitliche internationale Industrieorganisation gegenüberzustellen. Augenblicklich seien die Arbeiter des Baugewerbes in verschiedene internationale Sekretariate: Bauarbeiter, Zimmerer, Pfisterer, Maler und Steinarbeiter zerpalten. Nach der Meinung der französischen Kollegen würde es aber viel zweckmäßiger sein, wenn die fünf Organisationen sich in ein einziges internationales Industriekretariat vereinigen könnten. Die Existenz- und Kampfmittel des internationalen Sekretariats würden dann viel reichhaltiger sein und es könnte dadurch allen weit größere Dienste leisten. Auch in den einzelnen Ländern sollte diese Orga-

nisationen langsam zu großen Industrieverbänden verschmelzen. Dann würde jene Zersplitterung der Arbeiterkräfte aufhören, die den Klasseninteressen der Bauarbeiter verhängnisvoll sei.

In der Erörterung dieses Vorschlages erklärten einzelne Delegierte, in diesem Sinne in ihrem Lande wirken zu wollen. Vorsitzender Paepflow fasste als Ergebnis zusammen, daß die Konferenz den dringenden Wunsch ausdrückt, daß die Zersplitterung beseitigt wird, und die einzelnen Organisationen in ihren Ländern mehr als bisher für den Zusammenschluß der einzelnen Verbände zu einer großen Bauarbeiterorganisation wirken. Das internationale Sekretariat wurde beauftragt, den Vorschlag der Franzosen und die Ansicht der Konferenz sämtlichen angeschlossenen Organisationen zu unterbreiten. Auf dem nächsten jährigen ordentlichen Kongreß soll dann diese Frage erneut behandelt werden.

Ein weiterer Antrag der Franzosen geht dahin, eine internationale Gewerkschaftsmarkte einzuführen, wodurch sich kontrollieren ließe, ob eine Organisation, mit der man korrespondiert, auf dem Boden des Klassenkampfes steht, ferner, ob ein reisender Sachgenosse einer der angeschlossenen Gewerkschaften angehört.

In der Debatte bedauerte Quangelino-Italien, daß Frankreich noch keine internationalen Mitgliedsbücher, die den gleichen Zweck haben, eingeführt hat. Die Farbe der Gewerkschaftsmarkte müßte wohl jedes Jahr geändert werden; nur so könnte man es verhindern, daß italienische lokalistische Sekten, die sich vom Zentralverband lösen, im Ausland anerkannt werden.

Die Konferenz ist der Ansicht, daß heute über die Einführung der Markte noch kein Beschluß gefaßt wird, die einzelnen Organisationen sollen sich zunächst einmal mit dieser Frage beschäftigen.

Der letzte Antrag von Frankreich will, daß die internationalen Konferenzen mehr zu größeren Kongressen ausgebaut werden, an denen nicht nur Sekretäre der gewerkschaftlichen Landeszentralen teilnehmen. Die jetzigen Konferenzen seien mehr administrativer Art, es könnte bei ihnen die verschiedensten Tendenzen in der Gewerkschaftsbewegung nicht zum Ausdruck gebracht werden. Wirkliche Gewerkschaftskongresse würden aber die Genossen der verschiedenen Länder leicht mit einander in Verbindung bringen und so einen Vergleich der verschiedenen Methoden und Taktik ermöglichen, und zur Entschärfung der internationalen Arbeiter солидарität, somit zur Wegnahme des Mißtrauens, bedeutend beitragen.

Vorsitzender Paepflow-Deutschland erklärte hierauf im Einverständnis der Delegierten, die Konferenz könne nur den Wunsch aussprechen, daß die französischen Kollegen die internationalen Arbeiterkongresse besuchen. — Es wurde beschlossen, auf der nächsten ordentlichen Konferenz diese Frage weiter zu beraten.

Als internationaler Sekretär wurde Paepflow gewählt, der provisorisch bis zur nächsten ordentlichen Konferenz die Geschäfte des internationalen Sekretariats führen soll. Sollte Paepflow durch event. Veränderung seiner Stellung im Bauarbeiterverband hierzu nicht mehr in der Lage sein, sollte der Vorstand des deutschen Bauarbeiterverbandes den Organisator davon Kenntnis geben und einen anderen Kollegen in Vorschlag bringen. Damit waren die Arbeiten der Konferenz beendet.

Berichtszeitung.

Schwurgericht.

8. Straßenraub.

Das Schwurgericht hatte sich in der Nachmittagsitzung wiederum mit einer Anklage wegen Straßenraubs zu befassen, die sich gegen den 26 Jahre alten Tagelöhner Albert Munt aus Graben, wohnhaft in Karlsruhe, richtete.

Den Vorsitz führte Landgerichtsdirektor Oser. Als Anklagevertreter fungierte Staatsanwalt Dr. Rudmann, als Verteidiger Rechtsanwalt Gudele.

Als in der Frühe des 28. November zwischen 5 und 6 Uhr der Desinfektionsarbeiter Gauß sich auf dem Wege durch die Wolfratsweierstraße nach der dort gelegenen Desinfektionsanstalt begab, wurde er plötzlich von einem Unbekannten von hinten angefallen und mit großer Wucht auf den Kopf geschleudert, daß er auf das Gesicht fiel. Darauf verfiel ihm der Mann einen Faustschlag unter das rechte Auge und einen weiteren auf den Kopf, sodas er kaum insstande war, sich irgendwie mit Erfolg zu wehren. Der Unbekannte griff ihm nun in die Hosentaschen und nahm ihm den Geldbeutel mit 70 Pfennig Inhalt und 2 Losen sowie ein 3 Markstück weg, das sich außerdem noch in der einen Hosentasche befand. Darauf ging der Räuber flüchtig. Der Täter hatte Gauß nicht erkannt, da die Straße dunkel war. Man hatte auch sonst keinerlei Anhaltspunkte, die zur Ermittlung des Unbekannten hätten führen können. Nach einigen Tagen wurde dem Gauß ein Geldbeutel vorgezeigt, welchen die Kriminalpolizei dem wegen erschwerter Diebstahls verhafteten Tagelöhner Albert Munt aus Graben, dem heutigen Angeklagten, abgenommen worden war. Gauß erkannte diesen Geldbeutel sofort als sein Eigentum an. Es stand demnach außer Zweifel, daß Munt, wenn nicht der Täter, so doch an diesem Überfall in irgend einer Weise beteiligt war. Er leugnete anfänglich, gab aber dann später zu, den Raub begangen zu haben.

Wegen Diebstahls erhielt er vor der hiesigen Strafkammer in der letzten Woche 1 Jahr Gefängnis. Unter Einrechnung dieser Strafe erkannte heute, nachdem die Geschworenen die Schuldfrage und die Frage nach mildernden Umständen bejaht hatten, der Schwurgerichtshof abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft auf 4 Jahre 6 Monate Gefängnis und 5 Jahre Ehrverlust.

* Mannheim, 17. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den 42jährigen Zigarrenarbeiter Sch. Schneider aus Ostersheim, welcher in einem Alimentationsprozeß einen falschen Eid geleistet hatte, wegen Meineids zu 2 Jahren Zuchthaus. — In der Nachmittagsitzung wurde gegen den 40jährigen Hafnarbeiter A. Gottlob Aldermann von Mannheim verhandelt, der seine 19jährige Stieftochter mißbraucht hatte. Der Angeklagte war vor einigen Jahren wegen desselben Vergehens an seiner Stieftochter zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Gericht sprach eine Zuchthausstrafe von 5 Jahre aus; der Staatsanwalt hatte 10 Jahre Zuchthaus beantragt.

* Konstanz, 16. Jan. Seit längerer Zeit säßte vor dem hiesigen Landgericht eine Entschädigungs-Klage des Kaufmanns Stadelhofer in Wollmatingen gegen den Chirurgen des hiesigen städt. Krankenhauses Dr. Meißel und den jetzigen Arzt Dr. Geuler in Freiburg, sowie gegen die Stadt Konstanz als Weslerin des Krankenhauses. Der in den 50er Jahren stehende Kaufmann Stadelhofer ließ sich, wie der „Ab. Presse“ über diese Angelegenheit berichtet wird, im Juli 1909 im hiesigen Krankenhaus nach vorheriger Konsultation des Chirurgen Meißel zwecks Feststellung eines Fremdkörpers im Rücken mit Nütgensstrahlen durchleuchten. Die Durchleuchtung wurde von einem Medizinalpraktikanten, dem jetzigen Dr. Geuler, einer Schwester und einem Elektrotechniker vorgenommen. Bald nach dieser Durchleuchtung stellten sich bei Stadelhofer starke

Schmerzen ein, die sich nach und nach zur Unertüchlichkeit steigerten. Stadelhofer war verbrannt und trug am Bauche eine sehr große Brandwunde davon, die eine gefährliche Operation notwendig machte; die Folgen waren so schwer, daß Stadelhofer heute noch sehr darunter zu leiden hat. Stadelhofer erhob mit einer Entschädigungs-Klage auf ein Schadenssumme von 19 000 Mk. sowie auf eine Rente von 800 Mk. für verminderte Erwerbsfähigkeit. Das Landgericht erließ gestern ein Urteil, nach welchem Dr. Meißel und Dr. Geuler verurteilt werden, dem Kläger 10 000 Mk. Schmerzensgeld und 1046 Mk. für Auslagen zu bezahlen. Dieses Urteil wurde gegen eine Sicherheitsleistung von 11 600 Mk. für vorläufig vollstreckbar erklärt. Über den weiteren Teil der Klage bezüglich Ersatzanspruches und Erwerbseinbuße sollen noch Beweise erhoben werden.

Gewerkschaftliches.

Eine Maßnahme von der Bergarbeiterbewegung im Saarrevier. Die Eroberung der Saarbergwerke über das christliche Komödientenspiel zeigt sich am deutlichsten in den Versammlungen, die jetzt nach der Bewegung im Saarrevier abgehalten werden. Alle Versammlungen, die der päpstlich gebildete Streikbrechergewerbeverein abhielt, arketen in Sabauder Versammlungen, einige wurden sogar polizeilich aufgelöst, während die Versammlungen, die der alte Verband abhielt, glänzend verliefen und gut besucht waren. Selbst in rein katholischen Bergmannsdörfern fanden überfüllte Versammlungen des alten Verbandes statt und alle Versuche einzelner Fanatiker, die Leute gegen die „Sozialdemokraten“ aufzuheizen, blieben erfolglos. Wenn in den christlichen Versammlungen die Redner von Erfolgen von der Bewegung sprachen, oder die Notwendigkeit des Waffenstillstandes erklären wollten, erhob sich allgemeine Hetzerkeit. Der alte Verband hat nach der Bewegung über 30 Versammlungen abgehalten, die, obgleich die „Sacrpost“ die Besleute vor dem Besuch warnte und trotzdem mehrere Geistliche von der Kanzel herunter den Besuch ausdrücklich verboten hatte, riesig besucht waren.

Jetzt kommt man auch hinter verschiedene Schliche der christlichen Führer. Ein christlicher Konferenzdelegierter wollte in einer Versammlung den Streikabbruchsversuch damit rechtfertigen, indem er erklärte, daß man doch mit 6000 Organisierten keinen erfolgreichen Streik hätte unternehmen können. Nach dem 16. Dezember teilte die Zentrums-Presse mit, daß mehr als 35 000 Saarbergleute sich durch Unterschrift mit dem Vorgehen des Gewerbevereins einverstanden erklärt hatten und daß sich jeden Tag Hunderte, ja Tausende zur Neuaufnahme meldeten, sobald, wenn die Zentrums-Presse die Wahrheit geschrieben hatte, am Monatsanfang mindestens 49 000 Mann hinter dem Gewerbeverein stehen mußten. Was ist nun die Wahrheit bei diesen unterschiedlichen Angaben?

Wie stark die katholische Geistlichkeit, den Anweisungen der päpstlichen Enzyklika entsprechend, gegen den Streik gewirkt hat, geht aus einem Sündenbrief hervor, den der Bischof von Trier an die Dekanate des Kohlenreviers am 28. Dezember erlassen hat, der folgendermaßen lautet:

„Lieber Herr Dekan! Obschon ich seit überzeugt bin, daß Euer Hochwürden in Ihrer Liebe für Ihre Pfarrkinder alles aufbieten werden, sie von dem unheiligen Streik zurückzuhalten, so glaube ich doch, in letzter Stunde Sie innigst bitten zu sollen, die Arbeiter vor einem unüberlegten Schritt zu warnen. Ohne mich in die schwachen Fragen im einzelnen einzumischen, bin ich doch der Meinung, daß nach den Erklärungen, die der Herr Minister öffentlich gegeben hat, sowohl betriebs der Arbeitsordnung, als auch der allmählichen Erhöhung der Löhne, jeder vernünftige Grund, die Arbeit einzustellen, geschwunden sein dürfte. Ich hoffe und bitte zu Gott, daß die Bergleute nicht dasselbe Elend für sich und ihre Familien und ihre Zukunft hinaufbeschwören, das sie nach dem Streik von 1893 betroffen hat. Wie bitter haben es die guten Leute bereuen müssen, wie viele haben es mir später selbst gestanden daß sie damals unseren wohlmeinenden Reden nicht gefolgt, unsere warnende Stimme nicht gehört haben. Eure Hochwürden bitte ich, in geeigneter Weise von dieser meine Bitte Ihre Herren Kapitulare verständigen zu wollen. Wir wollen alle innigst beten, daß die Wirkkraft des Friedens, welche in diesen Tagen verkündet wurde, in die Herzen aller dringe, das Elend des Streikes abzuwenden und den Arbeitern die Erfüllung ihrer berechtigten Wünsche dauernd sichern möge.

In der Liebe Christi Ihr ergebener
M. Frlig, Bischof von Trier.

Kommunalpolitik.

Errichtung eines Wasserwerks. Der Bürgerausschuß der Gemeinde Ivesheim beschloß, mit einem Aufwand von 120 600 Mk. ein Wasserwerk einschließlich der Hausanschlüsse zu erbauen.

Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung von Bretten vom 14. Januar. Das Modeln innerhalb der Stadt ist verboten und wird nur das sogenannte Weisengänge zum Modeln freigegeben. — Es werden innerhalb der Stadt zwei Plätze zum Aufbewahren des Holzes freigegeben, damit der Stadtwald vom Scheiterholz bald geräumt wird. — Der freiwilligen Feuerwehr wird der städtische Beitrag von 400 auf 600 Mk. erhöht. — Den Hausbesitzern wird auf ihren Antrag die Strafe von den städtischen Arbeitern gemindert. Als Gebühr müssen dieselben für den laufenden Meter 2.30 Mk. pro Jahr bezahlen. — Der Taglohn der Katernenanzünder wird während der Zeit vom 1. Nov. bis 1. März von 1.70 auf 1.90 Mk. erhöht. — Die Volksschule soll mit dem kommenden Schuljahre nochmals erweitert werden und wird hierzu die Genehmigung des Bürgerausschusses eingeholt.

Wieder ein sozialdemokratischer Stadtvorordnetenvorsteher-Vereiner. Gen. Scholz wurde mit 47 gegen 12 Stimmen zum Stadtvorordnetenvorsteher-Vereiner in die Stadtvorordneterversammlung von Neulöwen gewählt.

Bürgerauswahlen in Radolfzell. Bei den Bürgerauswahlen der 3. Klasse erhielten der Großklub je 6, das Zentrum je 4 Stimm auf 8 Jahre.

Eine für ungültig erklärte Bürgermeisterwahl. Der Bezirksrat Schönaa hat die Wahl des Amtmanns Franzini zum Bürgermeister für ungültig erklärt. Die Prüfung der eingelaufenen Beschwerden ergab, daß eine Anzahl Personen gewählt hatten, die nach den Bestimmungen des Gesetzes nicht wahlberechtigt waren.

Erweiterung des hängewerblichen Unterrichts in Freiburg. Der Stadtrat von Freiburg hat vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses auf den Antrag des Gewerbeausschusses die Erweiterung des hängewerblichen Unterrichts zu einer zweifachzügigen Berufsschule und einer hängewerblichen Fachschule genehmigt. Ferner soll für Blechner und Installateure ein prakt. Kurs eingeführt und hierzu auch eine Werkstätte eingerichtet werden. Die hierzu erforderlichen Mittel sind auf 52 000 Mk. veranschlagt.

Aus der Partei.

Max Adelstedt. In Langebrück bei Dresden starb in der Nacht zum Freitag der Gen. Max Adelstedt, der seit der Gründung des Verbandes deutscher Konsumvereine dessen Vorsitzender war. Er war 27 Jahre lang Geschäftsführer des Konsumvereins in Bisdorf, bis ihn seine Krankheit zwingen ließ, seinen Posten niederzulegen.

Gaggenau, 19. Jan. Am 5. Jan. fand in Gaggenau eine Konferenz für den 88. Landtagswahlbezirk (Kastatt-Land) statt, welche von den Mitgliedschaften gut besucht war. Die Konferenz hatte sich mit den Vorbereitungen für die nächsten Wahlen beschäftigt. Als Vorort wurde wiederum Gaggenau bestimmt und als Kandidat wiederum Genosse Paul Müller in Kastatt mit großer Mehrheit gewählt. Das Wahlkomitee in Gaggenau hat sich bereits gebildet und sind nun alle die Landtagswahl betreffenden Fragen und Zuforderungen an Martin Kötter, Schneidermeister, zu richten. Die Mitgliedschaften und Vertrauensleute wollen hierüber Notiz nehmen.

Aus dem Lande.

Durlach. Die Differenzen in der medizinischen Pantoffelfabrik D. & S. Fall sind beigelegt. Nach mehreren Unterhandlungen mit dem Arbeiterausschuß kam es zu einer Einigung, wobei ein Erfolg für die Arbeiter zu verzeichnen ist.

Stuttgart. Bitte bei der Wahrheit bleiben. Der „S.“-Korrespondent erwidert unsere Kritik an der verschiedenartigen und teilweise rigorosen Art der Einziehung der Schwegslofen mit dem Vorwurf der Bureaucratie. Um dieses Experimentum vollbringen zu können, muß er natürlich die Tatsache umstellen und die Sache so beschreiben, als hätte der „Volksfreund“ sich darüber aufgehalten, daß gegen die Angen der Rheinstraße nicht ebenso rigoros vorgegangen worden sei, wie dies bei den anderen geschehen ist. Das ist natürlich platt und unheimlich und außer dem Artikelschreiber, welcher diese Umstellung für seine Zwecke benötigt, ist sicher keiner, welcher unsere Ausführungen gelesen hat, auf solche eine verrückte Idee gekommen. Daß sich der Gemeinderat eine Verteilung dieser Art, wie sie im „Courier“ beliebt wird, gefallen läßt, ist bedauerlich. Die Tatsachen, welche von uns kritisiert wurden, sind öffentlich und offenkundig festzustellen, es erübrigt sich eine weitere Zettlungsbehalte; über das weitere wird zu gegebener Zeit an zuständiger Stelle gesprochen werden.

Baden-Baden. Sozialdem. Verein. Die nächste Parteiversammlung findet am Montag, 20. d. M., statt. Genosse Eder wird einen Vortrag halten über das Thema „Die Elektrifizierung als Kulturfaktor“. In Verbindung damit wird er auch das Projekt des Kurortwerks erläutern, was von Interesse sein dürfte. Der Weltfriedenskongress lautet der zweite Punkt der Tagesordnung. Die Parteigenossen werden erjucht, vollständig und pünktlich zu erscheinen.

Die Ueberführung des neuen Militärluftschiffes nach Baden-Dos ist auf einige Tage hinausgeschoben worden, da an dem Luftschiff noch einige kleine Änderungen vorgenommen wurden.

Forstheim, 17. Jan. Der hiesige Frabreitand R. Mann machte seinem Leben durch Vergiftung mit Phosphor ein Ende. Er war gerade im Begriff, nach Südamerika auszuwandern. Der Grund zur Tat dürfte in mitleidigen finanziellen Verhältnissen zu suchen sein.

Heidelberg, 19. Jan. Einbruchsdiebstahl. In der Nacht vom Samstag auf Sonntag wurde während der Abwesenheit des Wirtes zum „Rauhen Berg“ in der Privatwohnung desselben ein raffinierter Einbruchsdiebstahl begangen. Während die Wirtin allein im Saal noch zu tun hatte, demoklierten die Einbrecher die Möbel und den Kleiderschrank, aus dem sie 600 Mark mitgenommen haben sollen. Die Spuren sind mit Parfüm betrichelt worden. Von den Tätern ist bis jetzt nichts bekannt.

Heidelberg, 17. Jan. In der vergangenen Nacht blieb der versch. ca. 45jährige Zugweiser H. Groß beim Ueberqueren der Gleise im hiesigen Güterbahnhof mit einem Fuß in der Weiche hängen. Er konnte sich nicht mehr freimachen und mußte sehen, wie eine Rangierabteilung heranrollte und ihm beide Füße vollständig abfuhr. Außerdem erlitt der Verunglückte einen schweren Rippenbruch. Er ist den schweren Verletzungen erlegen.

Der bisher unbekannteste Tote, der vor einigen Tagen auf den Gleisen des Bahnhofs überfahren aufgefunden wurde, ist ein Ingenieur Friedrich Richter von Chemnitz, der zuletzt in Frankfurt wohnte.

Eine Statistik über den Unversitätsbesuch im laufenden Wintersemester ergibt, daß von allen deutschen Unversitätsstädten Heidelberg von den Studentinnen bevorzugt wird. In Heidelberg sind nämlich 9,7 Proz. der Besucher Studentinnen, gegenüber anderen Unversitäten, wie Berlin mit 9,2 Proz., Freiburg mit 7,2 Proz., München mit 7,8 Proz.

Mannheim, 19. Jan. Wie aus Berlin gemeldet wird, ist dem Luftschiff Schütte-Lanz ein erster Unfall passiert. Infolge Bruchs der Steuerung war das Luftschiff manövrierunfähig und mußte in Waldsiedorf niedergehen. Ein Maschinist sprang dabei aus 15 Meter Höhe aus der Gondel und erlitt schwere Verletzungen. Das Luftschiff soll erhebliche Beschädigungen erlitten haben.

Gernsbach, 17. Jan. Beim Schlittenfahren ertranken. Das 5½jährige Kind des Schlossers S. Kraft von Ottenau vergnügte sich mit Schlittenfahren auf dem Murgkanal und fuhr dabei in die Murg hinein und ertrank.

Ueberlingen, 17. Jan. Erstickt. In Altenbeuren ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Als die Eheleute Grathwohl von Hause weggingen, legten sie ihr 3jähriges Kind in das in der Stube stehende Bettchen. Als die Frau später nach Hause zurückkehrte, fand sie das Kind tot vor. Das Kind war erstickt, da die am Ofen hängende Wäsche Feuer gefangen hatte, durch das ein starker Rauch in der Stube entstanden war.

Donauwörth, 19. Jan. Schwere Rodelunfall. Das 7jährige Töchterchen des Schneidermeisters Schmidhuber fuhr beim Schlittenfahren zu Fall. Ein Skiläufer fuhr dem Kind in die Flanke und stürzte so unglücklich zu Boden, daß dem Mädchen die Spitze eines Schneeschuhes in den Leib drang. An dem Aufkommen des Kindes wird gearbeitet.

Raboldzell, 19. Jan. Das hiesige Amtsgefängnis ist durch die fortgesetzten Sacharinsmuggelverhaftungen fortwährend so überfüllt, daß Insassen nach Meßkirch und Stodach verbracht werden müssen.

Vertingen, 19. Jan. Der 23jährige Dienstknecht Thomas Klein von Vertingen verunglückte infolge Scheuens der Pferde. Er wurde vom Wagen geschleudert und die Nierengänge über ihn hinweg. Klein, der schwer verletzt ist, wurde ins Spital nach Weiskirchen überführt.

Walsach, 19. Jan. Ueber das Verfinden der fünf in dem hiesigen Spital befindlichen, bei der Dynamitexplosion schwer verwundeten Männer, erzählt der „König“, daß der Zustand des Georg Böschel hoffnungslos ist; bei den anderen vier hat sich der Zustand zwar nicht verschlimmert, es muß aber erst der weitere Verlauf der Wundheilung abgewartet werden, bevor man von einer Beseitigung der Lebensgefahr sprechen kann.

Zustand des Georg Böschel hoffnungslos ist; bei den anderen vier hat sich der Zustand zwar nicht verschlimmert, es muß aber erst der weitere Verlauf der Wundheilung abgewartet werden, bevor man von einer Beseitigung der Lebensgefahr sprechen kann.

Vorgehen kamen auf der Kinzig eine große Zahl toter Fische geschwommen; offenbar muß jemand ein größeres Quantum Säure oder Lauge in das Wasser haben lassen, und zwar wurde festgestellt, daß das verdorbene Wasser aus der Schlicht von jenseits der Grenze kam. Den Fischpächtern erwächst durch diesen Leichtsin großem Schaden; die amtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Konstanz, 19. Jan. Großes Aufsehen erregt hier die Verhaftung des Zeichenlehrers am hiesigen Gymnasium, Prof. D. Gooz, unter dem Verdacht, an Schülerinnen des Gymnasiums unzüchtige Handlungen begangen zu haben. Der im Alter von 74 Jahren lebende Professor ist das älteste Mitglied des Konstanzer Turnvereins. In den letzten Tagen wurden sämtliche Schülerinnen des Gymnasiums vom Staatsanwalt vernommen.

Lauda, 19. Jan. Der in der Lehmgrube beschäftigte ledige Arbeiter Spänhuf aus Königsbosen wurde durch herabstürzende Erdmassen verschüttet und konnte nur noch als Leiche hervorgegraben werden.

Welsheim, 19. Jan. Im Amtsgefängnis hat sich ein inhaftierter junger Mann erhängt.

Luftmord.

Forstheim, 20. Januar. (Telephon.) Das rätselhafte Verschwinden der zehnjährigen Mina Staid hat sich aufgelklärt. Allerdings ist die Wahrheit eine schreckliche. Wie feinerzeit die Gfa Bauer, so ist auch dieses Mädchen einem Luftmörder zum Opfer gefallen. Glücklicherweise ist man wenigstens des Wüflings habhaft geworden. Der 19 Jahre alte arbeitslose Gustav Reile hat das Kind mißbraucht und dann ermordet. Die Leiche will er in den Krautgärten vergraben haben. Heute vormittag wird die Leiche ausgegraben. Daß diese Nachricht eine große Aufregung verursacht hat, ist selbstverständlich. Allerdings mißt sich darin auch die Genugtuung, daß es diesmal wenigstens der Polizei gelungen ist, des Wüflings habhaft zu werden, während der Luftmörder der Gfa Bauer immer noch nicht vom rächenden Arm der Justiz erreicht worden ist.

Aus der Stadt.

* Karlsruhe, 20. Jan.

Monismus und Mutterchuh.

Die hiesige Ortsgruppe des Deutschen Monistenbundes hatte auf Donnerstagabend Hrl. Dr. Helene Stöder aus Berlin zu einem Vortrag über „Monismus und Mutterchuh“ geladen. Die Veranstaltung fand im Eintrachtsloale statt und war gut besucht. Hrl. D. Stöder beschäftigte sich zunächst mit religiösen Problemen. Der Begriff Religion müsse mit einem neuen tieferen Inhalt erfüllt werden. Zwischen den religiösen Problemen bestehe ein inniger Zusammenhang. Wenn die Forderungen, die wir an die Kultur stellen, durchdringen sollen, müsse ein Großteil aller Freigeistigen gebildet werden. Die Religion des Monismus soll eine Religion der Kraft und Lebensbejahung werden.

Weiter beschäftigte sich die Rednerin mit ethischen Fragen. Auch früher habe es schon Staaten und Kulturen gegeben, die ethischeren Moral nicht nur gelehrt, sondern auch nach ihr gelebt haben. Daß mit der hohen Forderung auf den Verzicht der Liebe und durch den Verzicht auf das Glück der Liebe noch nicht eine Verfeinerung der Menschheit gewährleistet ist, dafür haben wir einen Beweis, wenn wir die Geiseln der beiden christlichen Kirchen vergleichen. Auf Grund der Statistik kann festgestellt werden, daß man mehr von einer höheren, geistigen Leistung der katholischen Geiseln, noch von einem besonders verfeinerten Lebensinhalt derselben sprechen kann; im Gegenteil. Die Statistik stellt fest, daß sie eine ganz besonders große Anzahl der Sittlichkeitsverbrecher stellen. Auch die Erfahrungen der Psychiater bei weiblichen Entfallenen sprechen nicht zugunsten der Enthaltensheut. Nach der Moral der heutigen Gesellschaft ist es ganz in der Ordnung, wenn der junge Mann allmähentlich zur Dirne geht, während das Mädchen ihre Tugend bis zu ihrer Verheiratung zu bewahren hat. Diese Moral verstände man zwar nicht in öffentlichen Vorträgen, im Parlament oder in der Presse, aber man findet sie in allen Kreisen der Bevölkerung, ein Urteil, das von Mann zu Mann abgegeben wird. Es kann das schwerere Unrecht niemals gesüht werden, das Barbarei und Unflute an armen, verlassen Müttern verübt haben. 180 000 uneheliche Kinder werden jährlich in Deutschland geboren; aber auf die Frau allein wäzt man alle Schmach und Schande. Die Gesellschaft steht auf dem mittelalterlichen Standpunkte der Verachtung. Das Gesetz gestattet, daß man zur Welt kommt, die Sitten dagegen stoßen die Mutter aus, streifen sie und verbannen sie. So grausam ist kein Gesetz, daß nicht die Sitten noch grausamer sein können. Der größte Teil der unehelichen Kinder stirbt im ersten Lebensjahr, oder doch in den ersten zehn Lebensjahren. Auf dem internationalen Kongress für Arbeiterschutz hat Wilhelm II. gesagt, die Frage des Mutterchuhes betrachte er als eine Frage der Rasse, aber es ist bezeichnend, daß gerade die Kreise, die heute nicht genug über den Geburtenrückgang jammern können, sich gegen jede Erweiterung des Mutterchuhes wehren.

Es wird in der heutigen Zeit manches Tier besser behandelt, als manche schwangere Frau. Der Landwirt läßt seine trüchtige Stute im Stalle stehen, er pflegt und behandelt sie besser als sonst, ebenso seine sonstigen trüchtigen Tiere. Für die schwangere Frau gibt es meistens keine Schonung. Wir brauchen besonders für die unteren Schichten des Volkes einen Schutz der Frau. Es bleiben für uns hier zwei Hauptaufgaben bestehen. Die eine bedeutet Kampf gegen das Lobel, gegen die Prostitution. Die zweite Aufgabe fordert von uns unablässige Arbeit für einen umfassenden Mutterchuh auf allen Gebieten und für eine höhere Bewertung der Mutter. Dann kann endlich das Märchen Wort sich erfüllen: „An euren Kindern sollt ihr gut machen, was ihr an den Müttern gefehlt habt, auf daß ihr eurer Kinder Väter seid“. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion traten zwei katholische Geistliche auf. Zunächst erhielt das Wort Herr Pfarrer Dr. Sturm, der ausführte, er könne es nicht begreifen und der Augenfein und seine persönliche Erfahrung spräche auch dagegen, daß Materielles und Geistiges zurückzuführen sei auf ein und dieselbe Ursache. Man solle ihm nachweisen, daß die Kirche je das Weib als Sündengeld erklärt habe. Mit der Gnade und Hilfe Gottes müsse es möglich sein, das Gemeine im Menschen niederzutämpfen. Der Schaden werde nicht dadurch repariert, daß man die uneheliche Mutter der ehelichen gleichstellt; man solle eher im christlichen Geiste dafür tätig sein, daß es keine unehelichen Mütter gibt (!). Weiter sprach der katholische Professor Loffen, der behauptete, die katholische Kirche siehe zu dem unehelichen Vater in einem viel stärker ablehnenden Verhältnis als zur unehelichen Mutter. Wenn wir nicht in allewege erklären, die Schmach muß von der unehelichen Mutter genommen werden, so tun wir dies nur im Interesse der Frau. Dadurch solle das Bewußtsein der Männer geschärft werden, sobald sie sich sagen: Wir dürfen unter keinen Umständen eine Frau in eine solche Lage bringen. In ihrem Schlußwort führte die

Referentin noch aus: Es ist nicht zu bestreiten, daß die Kirchenbäuer als Autoritäten in der Kirche gelten. Die Autorität eines Augustin bestreitet niemand. Und dieser hat direkt die Prostitution für notwendig gehalten, indem er sagte, wenn sie nicht wäre, wäre das Uebel noch viel schlimmer. Die Auffassung unserer Gegner wäre berechtigt, wenn wir heute am Anfang jeder Erfahrung ständen. Aber die Kirche hat es in den 1800 Jahren ihres Bestehens nicht vermocht, ihr Ideal zu erreichen. Was wir heute trotz der strengsten Moral sehen, das sind so traurige, so trostlose Zustände, daß es durchaus begründet ist, wenn man nach einem erreichbaren Ausweg sucht. Wir verlangen die Verantwortlichkeit gegenüber jeder jenseitigen Handlung. Unsere Forderungen gehen weit über das Maß der weltlichen Gesellschaft hinaus. Die christliche Treuehaftigkeit ist häufig so ausgeübt worden, daß diejenigen, die sie in Anspruch zu nehmen gezwungen waren, oft davor zurückgeschreckt sind. Es gibt zahlreiche christliche Anstalten, die nur Mütter aufnehmen, die das erste Kind bekommen haben, die aber ausgeschlossen sind, sobald sie das zweite Kind bekommen. Die Geschlechtsliebe ist in der Kirche immer nur gerechtfertigt zum Zwecke der Kinderzeugung. Wenn die heutige Kirche den Standpunkt einnehmen würde, den Christus der Kaiserin Magdalena gegenüber eingenommen hat, würden die Gegenstände nicht sehr zu sagen treten. — Zum Schluß machte noch der Vorsitzende Dr. Mahner längere Ausführungen. Er wies darauf hin, daß es den Monisten nicht einfallt, niederzuerzählen, sondern daß sie nur dasselbe Recht verlangen, wie alle anderen. Man spricht höhnisch vom Sterbelager des Darwinismus, man schreit sich aber zu sagen, daß der Jesuitenpater Bagnann zugegeben hat, daß die Entwicklung der Menschheit bis in die Jetztzeit, also mehr als 100 000 Jahre, zurückverfolgt werden könne. In der Bibel wird aber unentwegt weiter gelehrt, daß der Mensch vor 6000 Jahren erschaffen worden sei. — Von Interesse war noch, daß Herr Pfarrer Sturm noch einmal das Wort ergriff und die Erklärung abgab, er sei Anhänger der Defizienztheorie, und daß er diese Lehre auch seinen Schülern in der Schule vortrage, wobei Herr Professor Loffen die Bemerkung machte: „Ja auch!“ Die Herren stehen also beide auf dem Standpunkt, daß die höheren Arten Lebewesen von niedriger organisierten abstammen. Herr Sturm behauptete noch, daß er keinen Pfarrer kenne in der ganzen Diözese, der nicht diese Lehre vertritt. Der Herr muß, wenn er nicht direkt Unwahres behauptet, seine Antisbrüder auf dem Lande schlecht kennen. Wenn in der katholischen Bevölkerung, namentlich auf dem Lande irgend eine feigerichtete Persönlichkeit diesen Standpunkt vertritt wie hier Herr Pfarrer Sturm, so riskiert sie, als Anhänger der Affentheorie“ verklärt und verleumdet zu werden. Das kann sich kaum ein Arbeiter, geschweige erst ein Pfarrer erlauben. Die Arbeiter werden auch samt und sonders befähigen, daß ihnen diese Lehre in der Schule nicht vorgetragen wurde und ihren Kindern auch heute noch nicht vorgetragen wird.

25. Konzert des Bachvereins.

Am Mittwochabend veranstaltete der Bachverein in der evangelischen Stadtkirche wieder eines seiner künstlerisch wertvollen Konzerte. Diese Veranstaltungen sind im Laufe der Zeit bereits schon zu einem Stück Kunstgeschichte geworden, führen sie uns doch unter sachverständiger Leitung in die Schaffenswelt unseres Johann Sebastian Bach und unseres Mozart. Diesmal beherrschten wenig gehörte Kantaten, Werke für Chor und Soli, das Programm. Der Bachverein schickte, wie üblich, auch diesem Konzert wieder eine Vorbesprechung und ausführliche Inhaltsangabe voraus, sodas wir es unterlassen können, an dieser Stelle darauf zurückzukommen. Der Chor des Bachvereins beschäftigte durch diese jüngste Aufführung wiederum seine ausgesprochene Befähigung für die Interpretation von Werken klassischer Stils. Die wohlgeschulte Sängerschaft hatte Gelegenheit, ihre gutgepflegten Stimmen frisch und klar zu Gehör zu bringen. Besonders gilt dies von den herrlich gestimmten Chören. Die Leistung des hiesigen Sopranisten stand auf künstlerischer Höhe und verriet in den einzelnen Instrumenten anerkennenswerte Hingabe zur idealen Sache. Die solistischen Einzelleistungen waren im allgemeinen von befriedigender Note. Der Tenorist Franz Müller aus Darmstadt vertrat wohl ein sehr ausgeprägtes Empfinden und seines Gefühl für den klassischen Stil, jedoch ließ er an manchen Stellen seine Stimme den warmen leisen Schmelz vermissen. Auch der so warm empfindende Bassist Herr Siduch Bieden (Neusorf) konnte den Voraussetzungen, die man an einen Bassisten zu stellen gewohnt ist, nicht völlig entsprechen. Wohl auch er wachte mit Geduld und ernstem Einbruch zu singen, pflegt vorbildlich seine Textausprache, verfügt auch über sympathische Höhe — doch klingt die Tiefe jähwach, für die räumlichen Verhältnisse unzureichend. Hrl. Margarete Gaede (Freiburg) sang die Altpartie. Die Sängerin ist für uns Karlsruher nicht mehr fremd. Die Stimme vertrat ungewisselhaft ein ernstes Subidium zu welchem sich gewöhnliche Aussprache gefellt. Leider ist das Stimmvolumen nicht ausreichend genug, um unsere Stadtkirche ausfüllen zu können. Seine technisch vollendeten Eigenschaften als vorzüglicher Orgelvirtuose konnte Herr Theodor Barner bei den Begleitungen und im Vorgespiel wieder ins beste Licht rücken. Herr Hofkirchenmusikdirektor Max Brauer, der geniale und umsichtige Leiter der Bachvereinskonzerte, gab sich mit seinem künstlerischen Empfinden der Einföhrung der einzelnen Werke hin. Sein guter Ruf als Bachkenner und Interpret klassischer Kirchenmusik ist in der Welt schon zu gefestigt, um hier noch besonders erwähnt zu werden. W. Sch.

Zur Fleischreueung. Durch Vermittlung der Firma „Nüßl und Gefrierhaus-Zentrum“ in Berlin soll eine Probepackung gefrorener australischer Hammel für Fleckung der Stadtgemeinde bezogen und in einem besondern Stande auf dem Wochenmarkte verkauft werden. Der Verkaufspreis wird unter Einrechnung der Zoll- und Frachtgebühren und sonstiger Unkosten 65—66 Mfg. für das Pfund betragen, für die besseren Stücke 80 Mfg., während Hammelfleisch sonst dahier zurzeit 90 Mfg. das Pfund kostet.

Die „Heimatlische Kunstpflege“ wird am Mittwoch, 20. Jan., einen Vortragsabend mit Lichtbildern veranstalten, bei dem Herr Diplomingenieur A. Waldenau über „Wandmalerei“ sprechen wird. Es darf wohl erwartet werden, daß bei diesem Vortrag, der eine in die Vergangenheit unserer Stadt so hervorragend eingreifende Persönlichkeit schildern wird, sich eine zahlreiche Zuhörerschaft vor allem Kunstfreunden einstellen wird. Im Interesse der kommenden Bauzeitigkeit in unserer Stadt ist eine genaue Kenntnis dieses bedeutendsten Karlsruher Architekten für jeden Gebildeten unserer Stadt unerlässlich. Man hofft daher auf eine rege Teilnahme an der Veranstaltung, zu der freier Eintritt gewährt wird.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Der erste städtische Maskenball fand letzten Samstag in der städtischen Festhalle statt. Es herrschte wiederum das allgewohnte, fröhliche, bunt-belegte Leben und Treiben. Eine fröhliche, ausgelassene, fachsingsfreudige Menschenmenge durchflutete die weiten Räume, die für diesen Abend alle der Besuchern geöffnet waren, und in denen manches Ueberraschende geboten wurde. Der Besuch ließ in diesem Jahre etwas zu wünschen übrig. Es mag einmal der frühe Termin daran schuld sein, man hat ja kaum die Weihnachtsglocken hinter sich, dann aber auch trägt sicher die heutige teure Zeit ihren Teil schuld daran. Die heutigen Zeiten sind nicht dazu angetan, daß

man einen Taler opferte, nur um ein paar Stunden ein Vergnügen haben zu können. Und wir Karlsruher denken viel zu prosaisch und nüchtern, als daß wir nur um des Faschings willen, um „dabei gewesen“ zu sein, unser Bett verlassen, wie es im fröhlichen Rheinland und im faschingsfrohen München vorzukommen soll. Auch die Masken boten wenig Originelles. Dieses Mal fiel es den Preisrichtern allerdings auch schwer, ihr Urteil zu fällen, — aber nicht, weil zu viel des Guten da war und sie Mühe gehabt hätten, das Beste vom Besten herauszufinden, sondern deshalb, weil zu wenig Gutes und Preiswürdiges vorhanden war. Der erste Preis wurde deshalb von 100 auf 80 M. herabgesetzt, sowohl bei den Herren wie bei den Damen-Masken. Das gesamte Bild war dennoch ein schönes und abwechslungsreiches, auch die Stimmung ließ nichts zu wünschen übrig. Die Preisverteilung ergab folgendes Resultat:

- Herrenpreise:**
- Preis 80 M. (statt 100 M.): „Gemüsefrau“.
 - Preis 70 M. (statt 50 M.): „Lauwige Welt“.
 - Preis 40 M.: „Tosca und Kaleb“.
 - Preis 30 M.: „Besuch vom Land“.
 - Preis 20 M.: „Das Kaster“.
- Damenpreise:**
- Preis 80 M. (statt 100 M.): „Mode 1913“.
 - Preis 50 M.: „Marquis und Marquise“.
 - Preis 40 M.: „Nero und Lieblingsfrau“.
 - Preis 30 M.: „Baby“ (himmelblau).
 - Preis 25 M.: „Der Hut“.
 - Preis 15 M.: „Suleima“.
- (Erweitert um 2 Preise je à 10 M.)
- Preis 10 M.: „Neger Domino“.
 - Preis 10 M.: „Marigräfin“.
- Gruppenpreise:**
- Zwei 1. Preise à 100 M.
- Preis 100 M.: „Kameruner Nachtigallen“.
 - Preis 100 M.: „Kongo-Neger“.
 - Preis 50 M.: „Parodie auf Wilhelm Tell“.
 - Preis 50 M.: „1895er“.

Die Maskenrevue des Gewerkschaftskartells folgte am gestrigen Abend als zweite größere Faschingsveranstaltung. Der Besuch war ein außerordentlich guter, der billige Eintrittspreis ermöglichte es ja auch jedem, der auch mal sich ein Vergnügen machen, der auch mal fröhlich und ausgelassen sein wollte, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Und man unterhielt sich aufs Beste, die vielen Masken, die weiblichen Besucher waren fast alle maskiert, verliehen dem Bilde einen eigenartigen Reiz. Originelle Masken, die wirklich humorvoll irgend ein politisches oder sonstiges Ereignis glosierten, fehlten allerdings dieses Mal fast ganz, im Gegensatz zum vorjährigen Maskenball. Einige schöne Kostüme mögen allerdings nicht unerwähnt bleiben, besonders einige schöne Trachten waren zu bemerken. Jung und alt genoss fröhlichen, heiteren Sinnes die paar Feiertage, bis um 2 Uhr das Schlusstoppouri erkante, für manchen vielleicht, nach seiner Meinung, zu früh, für den größten Teil der Besucher aber rechtzeitig, denn für sie hieß es am frühen Morgen wieder bei der Arbeit sein.

Die Karnevals-gesellschaft „Badenia“ trat gestern nachmittag mit ihrer ersten Damenführung im „Kühlen Krug“ an die Öffentlichkeit. Man darf sagen, daß sich die karnevalistischen Veranstaltungen der „Badenia“ von Jahr zu Jahr erhöhter Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit zu erfreuen haben, was nicht zum wenigsten dem Gesicht des Präsidenten des Eiserrats Herrn S. Lump zuzuschreiben ist. Auch gestern war wieder der Saal des „Kühlen Krug“ zum Erdrücken voll und wenn man den großen Festhallensaal genommen hätte, wäre er auch besetzt geworden. Es hat sich eben doch nach dem Eingehen der großen Karnevals-gesellschaft das Bedürfnis nach geeigneten Faschingsveranstaltungen in unserer Stadt fühlbar gemacht und diesem Bedürfnis sucht die Badenia anscheinend mit Gesicht und Blick Rechnung zu tragen. Das auch gestern wieder in Hülle und Fülle Gebotene dürfte allgemein befriedigt haben, wenn man auch einige Geistesblitze der Bitterredner außerhalb der Faschingszeit wohl nicht durchgehen lassen würde. Die bunte Reihe der Bitterreden eröffnete Stommel. Dem folgten die Herren Redolf, Deininger, Seiter, Großratsmeier, Hildebrand und A. Allgeier. Einen sehr guten Vortrag spendete auch der als Gast anwesende Herr Treumer des Ludwigshafener Karnevalvereins „Rheinschance“. Sehr angesprochen haben auch das Duett der Frä. Dörz und Knab sowie das Zwiegespräch der Karlsruher Klatschweiber, sehr gut gegeben von den Damen Sommerlinger und Ketterer. Den musikalischen Teil hatte eine Abteilung der 50er Artilleriemusik unter Herrn Schottes persönlicher Leitung übernommen und wurde die Sitzung vom Vorsitzenden Lump geleitet und sicher geleitet. Die „Badenia“ darf mit dem gestrigen Erfolg zufrieden sein. Es sollen noch zwei Damenführungen nachfolgen.

Neues vom Tage.

Opfer des Eisports.
 Berlin, 17. Jan. Der Winterport auf den Gewässern der Berliner Umgebung hat gestern die ersten Opfer gefordert. Auf der Dahme unweit der Köpenicker Glashütte brachen drei junge Leute von 18 bis 20 Jahren beim Schlittschuhlaufen ein und fanden den Tod durch Ertrinken. Die Leichen konnten noch nicht geborgen werden.

Der Balkan-Konflikt.

Die Note der Mächte.

Berlin, 18. Jan. Die von den Botschaftern in Konstantinopel gestern übergebene gleichlautende Note hat folgenden Wortlaut:

Die unterzeichneten Botschafter von Oesterreich-Ungarn, England, Frankreich, Rußland, Deutschland und Italien sind von ihren Regierungen beauftragt worden, S. E. dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten S. M. des Sultans die folgende Mitteilung zu machen:

In dem Wunsche, der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vorzubeugen, glauben die genannten Mächte die Aufmerksamkeit der osmanischen Regierung auf die schwere Verantwortung lenken zu sollen, die sie auf sich nehmen würde, wenn sie, entgegen den Ratschlägen der Mächte, die Wiederherstellung des Friedens verhindern würde. Die Fortsetzung des Krieges zur Folge haben würde, das Schicksal der Hauptstadt in Frage zu stellen und vielleicht die Feindseligkeiten auf die asiatischen Provinzen des Reiches auszudehnen. In diesem Falle wird sie nicht auf den Erfolg der Bemühungen der Mächte rechnen können, sie vor den Gefahren zu bewahren, denen sie ausgesetzt ist, wenn sie ihr bereits widerstehen haben und auch weiter abwarten. Wie die Dinge liegen, wird die osmanische Regierung nach dem Friedensschluß des moralischen und materiellen Beistandes der europäischen Großmächte bedürfen, um die Schäden des Krieges wieder gut zu machen, ihre Stellung in Konstantinopel zu festigen und die weiten asiatischen Gebiete in guten Stand zu setzen, deren Gedeihen ihre wirtschaftliche Stärke bilden wird. Um dieses notwendige Werk zu unternehmen und durchzuführen, würde der Regierung S. M. des Sultans auf die Wirksamkeit der wohlwollenden Unterstützung der Mächte nur dann rechnen können, wenn sie ihren Ratsschlüssen folgen wird, die von den allgemeinen Interessen Europas und denen der Türkei eingeleitet sind. Unter diesen Umständen glauben die europäischen Großmächte, gemeinsam mit der osmanischen Regierung erneut den Rat geben zu sollen, der Abtretung der Stadt Adrianopel an die Balkanverbündeten zuzustimmen und den Großmächten die Sorge zu überlassen, über das Schicksal der Inseln des Ägäischen Meeres zu befinden. Gegenüber diesen Zugeständnissen würden die genannten Mächte es sich anlegen sein lassen, den Schatz der mohamedanischen Interessen in Adrianopel und die Achtung vor den in dieser Stadt befindlichen Moscheen, religiösen Gebäuden und Grundstücken zu sichern. Ebenso würden sie dahin wirken, daß bei der Lösung der Frage der Inseln des Ägäischen jede Drohung für die Sicherheit der Türkei ausgeschlossen ist.

Die türkische Flotte vernichtet.

Athen, 18. Jan. Die „Agence d'Athènes“ meldet: Die türkische Flotte, die heute früh aus den Dardanellen auslaufen ist, wurde von der griechischen Flotte vollständig zerstört. Eine große Volksmenge veranstaltete, als die Nachricht in Athen bekannt wurde, vor dem Marineministerium begeisterte Kundgebungen.

Athen, 18. Jan. Ueber die gemeldete Seeschlacht wird amtlich folgende Darstellung gegeben: Die türkische Flotte lief heute aus den Dardanellen aus und dampfte in südlicher Richtung nach der Insel Tenedos, wo sich die Schlacht mit der griechischen Flotte entspann. Der Kampf dauerte zwei Stunden. Hierauf fuhr die türkische Flotte, von der griechischen verfolgt, nach den Dardanellen zurück. Ueber die Verluste des Feindes sind noch keine Nachrichten hierher gelangt.

Eine montenegrinische Denkschrift.

London, 18. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben die montenegrinischen Friedensbelegierten dem Staatssekretär Grey und den Botschaftern in London eine Denkschrift überreicht, in der im einzelnen die Gründe aufgeführt werden, aus denen Skutari, Ipek und Prizren dem Königreich Montenegro einverleibt werden sollen. Montenegro wolle lieber als politischer Faktor von der Balkanhalbinsel verschwinden, als seine Ansprüche auf die genannten Orte aufgeben. Der Denkschrift liegt eine Karte bei, auf der die von Montenegro beanspruchten neuen Grenzen kenntlich gemacht sind. Wie das Reutersche Bureau weiter erfährt, bereiten auch die andern Balkanverbündeten ähnliche Erklärungen zur Unterstützung ihrer Gebietsforderungen vor.

Letzte Nachrichten.

Rücktritt des französischen Ministeriums.

Paris, 18. Jan. Das Kabinett ist zurückgetreten. Der Beschluß wurde beim Schluß des heutigen Ministerrats dem Präsidenten Fallières überreicht, der

den Rücktritt annahm und die Minister bat, die laufenden Geschäfte vorläufig noch zu erledigen. Die Beratung des Ministerrats heute früh war sehr kurz. Es fand fast keine Besprechung statt. Alle Minister waren einig über die Notwendigkeit eines gemeinsamen Rücktritts, insbesondere nach dem Entschluß Poincarés, zurückzutreten. Die Regierung ist der Auffassung, daß die gegenwärtige Lage verlangt, daß an der Spitze des Ministeriums des Auswärtigen nicht ein interimistischer Leiter, sondern ein verantwortlicher Chef stehe. Außerdem würde durch die Abwesenheit Poincarés vom Parlament auch die innere Stellung des Parlaments geschwächt werden, den künftigen Präsidenten aber noch einer Kammerdebatte aussetzen, bei der er möglicherweise über die Vorgänge bei seiner Wahl interpelliert werden könnte, müsse mit Recht untunlich erscheinen.

Zwei Lösungen der Krise werden hier ins Auge gefaßt. Erstens: Ein Kabinett, zu dessen Mitgliedern der größte Teil der zurückgetretenen Minister gehören würde, sollte bis zum 17. Februar die Geschäfte führen und dann zurücktreten, um einem neuen Platz zu machen. Zweitens: Es würde ein neues Kabinett gebildet, von dem man annehmen könnte, daß es am 18. Februar von dem Nachfolger Fallières beauftragt werden würde. Die zweite Lösung scheint den Sieg davortragen zu sollen. Der wahrscheinliche Ministerpräsident ist Briand, der mehrere neue Mitarbeiter heranziehen würde, falls Bourgeois zurücktreten und auch Delcasse das Marineportefeuille nicht behalten sollte. Die unter Briand im Amte bleibenden Minister könnten später ihre Portefeuilles wechseln; so würde namentlich Briand das Portefeuille der Justiz abgeben und das Ministerium des Innern übernehmen. Das Ministerium des Aeußern übernimmt dann wahrscheinlich Pichon.

Briand Ministerpräsident.

Paris, 18. Jan. Präsident Fallières empfing heute den Senatspräsidenten Dubost und den Kammerpräsidenten Deschanel, hierauf Briand, den er beauftragte, das Kabinett zu bilden. Briand wird morgen seine Antwort geben.

Briefkasten der Redaktion.

H. H. Die Buchstaben auf der Warenzettelle D. N. W. 3. werden wohl „Deutsches Reichs-Waren-Zeichen“ heißen, da Warenzeichen gesetzlich geschützt werden können.
 R. M. Durmersheim. Es fällt uns nicht im Traume ein, daß wir uns in die Angelegenheit nochmal hineinmischen. Machen Sie die Sache bei Gericht aus. Wir nehmen nichts mehr in der Sache auf, nachdem jetzt die beiden Kontrahenten zu Wort gekommen sind. Sollten wir gewußt, was wir heute wissen, hätten wir schon die erste Notiz nicht gebracht.

Verantwortlich: für Politik Wilhelm Kolb; für Lokales, Kommunales und Heilkunde Hermann Winter; für den übrigen redaktionellen Teil Hermann Kadel; für die Inserate Karl Biegler; alle in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Wasserstand des Rheins.

20. Januar.
 Schusterinsel 1.30 m, gef. 2 cm, Neßl 2.35 m, gef. 12 cm, Maxau 4.12 m, gef. 16 cm, Mannheim 3.54 m, gef. 52 cm.

Briefkasten der Knallerbs.

J. H. hier. Nicht verwendbar.
 Bretten. Erscheint.
 Elchesheim. Erscheint.
 Neuburgweier. Erscheint.
 Nr. 49. Man weiß nicht, was es bedeuten soll.
 J. J. Nr. 22. Inserat erscheint. Außerdem noch eine andere Sache. Sorgen Sie für guten Abschluß. Gehewettertsbad. In dieser Fassung nicht zu brauchen. Erscheint jedoch in geänderter Form.
 L. A. Nicht geeignet.
 H. Durlach. Erwarte Sie heute abend.
 W. R. in W. Nicht brauchbar. Der Leser weiß nicht, was es bedeuten soll und daß es einige wissen, genügt nicht.
 J. W. hier. Nicht verwendbar. Hat kein allgemeines Interesse.
 Singen (Amt D.) Inserat erscheint; allerdings in anderer Fassung.
 Nr. 99. Nicht geeignet.
 Lindenheim. Erscheint.
 S. L. Bufenbach. In dieser Form nicht geeignet.
 A. B. in S. Nr. 200. Nicht brauchbar.

Werfet gelesene Nummern nicht weg, sondern gebt sie zur Agitation weiter.

Grosser

Inventur-Ausverkauf

in allen Abteilungen.

Schluss: Mittwoch Abend.

HERMANN TIETZ

4790

Licht-Spiele

9 Herrenstrasse 11.
 Von Samstag, den 18. bis einschl. Samstag, den 21. Januar 1913 unter anderen glänzenden Attraktionen
2 sensationelle Novitäten 2.
 Der **Schlangenhieb.**
 Eine dramatische Erzählung aus Wild-West
 und
 das soziale Sittendrama in 3 Akten, benannt

Die rote Jule

Redigiert und inszeniert von Alfred Leopold.
 Dieses eigenartige Werk, mit spannender, fesselnder Handlung, scharf gezeichneten Charakteren und grandioser Schlusswirkung wird in den nächsten Tagen das **Stadtgespräch** sein. Es sollte daher keiner versäumen **Die rote Jule** kennen zu lernen.
 Die Darstellungen werden durch die hervorragende **Künstler-Kapelle** musikalisch illustriert.
 Zu diesen Aufführungen haben nur Personen über 16 Jahre alt Zutritt.

Konfirmanden-Anzug wie neu, billig abgegeben. Werderstr. 49, Stb. 4. St. I.
Zwei Maskenaugen für Herren und zwei Kanarienhähne billig zu verkaufen. Durlach, Waldstr. 53, 3. St.
Maskenkostüm (Tirolerin u. Tiroler) billig zu verkaufen. Mainstrasse 1a, Stb. 3. St.

Bucherer

empfehlen garantiert echt
Silber- 4658
Sauerkraut
 schön weiß und lang-schnittig
 per Pfd. **7** Pfg.
30 Pfg.
 vorzügliche, eingemachte abgebrülhte
Schneide-Bohnen
 Pfd. **15** Pfg.

Bucherer

in sämtl. Filialen.

Gesang-Verein Bruderbund Karlsruhe-Mühlburg.

Samstag, den 25. Januar, abends 8 Uhr 33 Minuten beginnend, im grossen Saale des „Kühlen Krug“:

Grosser Maskenball

mit Prämierung der schönsten und originellsten Masken :: ::
 Zur Verteilung gelangen 6 Damen- und 6 Herrenpreise.



Hierzu laden wir unsere werten Mitglieder nebst Familienangehörigen sowie alle Bewohner von „Wild-West“ und den umliegenden Bundesstaaten zu närrischem Beisammensein freundl. ein.
Herrenkarten kosten 50 Pfg., **Damenkarten** 30 Pfg. und sind im Vorverkauf, sowie an der Kasse zu haben. — Vorverkaufsstellen sind: „Palme“, Lessingstrasse; „Wacht am Rhein“, Gartenstrasse; „Saalbau“, Bachstrasse; „Hirsch“, Hardtstrasse; „Birk“, Friseurgeschäft, Ecke York- und Göttestrasse und bei **Friseur Horn**, Rheinstrasse 30; auch sind Eintrittskarten bei den Sängern und Sängerinnen erhältlich.
 4711 **Tanzen frei.** 4711
 Der närrische Vorstand.

Voranzeige.

Unsere Weisse Woche

beginnt

Samstag, d. 25. d. M.

Was wir in diesem Jahre während der „Weissen Woche“ bieten werden, übertrifft an Auswahl, Preiswürdigkeit und Güte der Qualitäten alle unsere bisherigen Veranstaltungen dieser Art.

Geschwister

KNOPF.

Carl König

Dentist.

KARLSRUHE, Kaiserstrasse 124b.

Telephon 2451.

Künstliche Zähne, Plombieren, Zahnziehen.

Kopfläuse verschwinden unfehlbar durch (50 Pf.) „Nissin“ (50 Pf.)
 Zu haben in Apotheken und Drogerien. 3789
Wachstr. 75 ist im 5. Stod eine geräumige Wohnung mit schöner Aussicht, bestehend aus 3 Zimmern, Küche, Keller u. Anteil am Trockenstreich auf 1. April zu vermieten. Näh. im 3. Stod. 4898
Maskenkostüm Original, billig zu verkaufen. Humboldtstr. 19, 4. Stod. 4898.

Privatspargelgesellschaft in Karlsruhe.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der hierüber ausgestellten Bescheinigungen
Samstag den 18. Januar
Montag „ 20. „
Dienstag „ 21. „
 vormittags von 9-12 Uhr und nachmittags von 2-5 Uhr in unserem Kassenlokal, Karlsstrasse 40, wieder ausgefolgt.
 In diesen 3 Tagen werden Spareinlagen weder angenommen noch zurückbezahlt. 4725
 Karlsruhe, den 17. Januar 1913.
 Der Verwaltungsrat.

Ubschlag
Rollmöpfe
 und
Bismarck-Heringe
 Stück **5**
 4 Liter **1.70**
 Dose **1.70**

Gelee-Heringe
 1/4 Pfd. **10**
 in 4793

Bucherers Filialen.



Restaurationsköchinnen
Zimmer- und Hausmädchen
 bei hohem Lohn zum sofortigen Eintritt gesucht.
Arbeit suchen:
Kellnerinnen bessere und einfache.
Wasch- und Putzfrauen.
Städtisches Arbeitsamt (weibl. Arbeitsnachweis) Bahringergstr. 100, Tel. 949.

Kaninchen. Franz., Russen, event. mit Stall wegen Aufgabe der Zucht, billig abgegeben. Stefanienbad Weiertheim, 2.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheaufgebote vom 15. Jan. Anton Altenburger von Heudorf, Sergeant hier, mit Anna Decker von Altheim, Friedr. Herdle von hier, Ausläufer hier, mit Magdalene Sturm von Roding. Frz. Loos von Schönbad, Kaufmann hier, mit Maria Huberl von Königswarter. August Kohlbeder von hier, Maschinist hier, mit Marie Stetter von Rohrbach. Dr. Franz Böhrler von Schönau, Stadttierarzt in Lörrach, mit Gertrud Eberhard von hier. Kurt Holzmann von Lahr, Diplom-Ingenieur in Minden, mit Anna Hanzer von Mannheim. Karl Janotta von Wien, Ingenieur in Wien, mit Aline Müller von Saar. — 17. Januar. Miklan Mühlreit von Sandweier, Fabrikarbeiter hier, mit Mina Kraft von Malsch. Gustav Dente von Bremen, Ingenieur in Ferote, mit Elisabeth Rang von hier.
Eheschließungen vom 18. Jan. Albert Piehler von Gröbinger, Wagenführer hier, mit Josefina Joos von Nistlisen. Eugen Siegel von Albersweiler, Zahnarzt in Mannheim, mit Gertrud Wels von hier.
Geburten vom 9. bis 17. Jan. Johanna, Vater Wilhelm Lägler, Schuhmachermeister. Liselotte, Vater Heinrich Weber, Prokurist. Elisabeth Charlotte, Vater Max Verberich, Baupolier. Maria Derta, Vater Karl Friedrich, Bahnarbeiter. Josef Otto, Vater Florian Herr, Schmied. Anna Maria Luise, Vater Friedr. Rech, Hilfsarbeiter. Anton, Vater Karl Doserer, Schleifer. Maria Anna, Vater Valentin Schmitt, Kassenbote. Paula, Vater Josef Schenkel, Tagelöhner. Adolf, Vater Adolf Niess, Bäcker. Richard Emil, Vater Emil Schweifle, Stadttagelöhner. Willi, Vater Gustav Engel, Bahnarbeiter. Luise Auguste Paula, Vater Karl Jenke, Unterzahnmeister. Emma Erna, Vater Hermann Kutruff, Kellner. Irmgard Elisabeth, Vater Karl Hils, Kaufmann.

Billig zu verkaufen:
Herren-Capes
Ueberzieher
Sockenwolle
Herren-, Damen- u. Kinderschirme
Schulranzen
Cognac, Lee, Cacao sowie 4785
Schuhwaren aller Art
J. Madlener
 Auktionsgeschäft
 Rüppurrerstr. 20.

Kanarien-Edeltroller
 prima Sanger, 7-8 Bl. Weibchen 1.50, tauschbare Kaninchen od. Hühner. Umlandstr. 14, 4. l.
Maskenkostüm (Holländerin) ist zu verl. Werderstr. 41, 6. 2.
Schützenstr. 93, 3. St. II. ist ein möbl. Manfardenzimmer sof. od. 1. Febr. zu verm.

Weiterer Waggon Holländer

Rotkraut

in schönster Ware ist eingetroffen.
Kopf ca. 4 Pfd. schwer **26** Pfg.
Kopf ca. 3 Pfd. schwer **20** Pfg.
 bei größerer Abnahme, Kopf- oder Bentnerweise, billiger.

Bucherer

in sämtlichen Filialen

Schluss-Tage « «

des
Räumungs-Verkaufs

Montag
Dienstag
Mittwoch
den 20. bis 22. Januar.

10 bis 30% Rabatt

auf das
gesamte Warenlager.

Wilh. Boländer

Kaiserstrasse 121.

4784

Sozialdemokr. Verein Karlsruhe.

Am Mittwoch, den 22. Januar, abends 7/9 Uhr, findet in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, unsere

Quartals-Versammlung

statt. Tages-Ordnung: 4792

1. Abrechnung vom 2. Quartal 1912/13.
2. Vortrag von Genosse Anton Geiß aus Mannheim über: „Baden und seine Verfassung“.

Parteilgenossen! Wir ersuchen euch, für den Versammlungsbesuch zu agitieren und recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Der Vorstand.

Frauenbildung — Frauenstudium.

Dienstag den 21. Januar, abends 7/9 Uhr, im Hotel Viktoria, Kriegsstraße 22 4788

Besprechung über gewerbliche Frauenberufe.

Die Frau als Photographin.

Ref.: Fräulein Lore Hoerth.

Gäste willkommen. **Der Vorstand.**

Anleihe der Stadt Karlsruhe.

Vorbehaltlich der Zustimmung des Bürgerausschusses und der Staatsgenehmigung haben wir beschlossen, für die Stadt Karlsruhe eine Anleihe von 7 000 000 Mark aufzunehmen.

Die Anleihe soll zur Deckung der Kosten verschiedener bereits genehmigter städtischer Unternehmungen dienen und in 4% Schuldverschreibungen auf den Inhaber ausgegeben werden. Sie ist bis 1. Februar 1918 un kündbar und wird vom Jahr 1918 an innerhalb 37 Jahren heimbezahlt.

Interessenten für die Uebernahme der Anleihe erhalten die näheren Bedingungen auf Verlangen zugesandt und werden ersucht, ihre Angebote bis spätestens **Mittwoch, 29. Januar ds. Js., vormittags 10 Uhr** schriftlich und verschlossen hier einzureichen. 4789

Karlsruhe, den 17. Januar 1913.

Der Stadtrat:

Dr. Klein schmidt. Weiler.



Ziehungs-Listen

über die erfolgte

Verlosung

der grauen Gutscheine

sind erschienen und liegen bei unserer Geschäftsstelle, **Waldstrasse 6**, und bei unseren sämtlichen Mitgliedern auf.

Gewinnbeträge, die am 1. April d. J. nicht erhoben sind, werden als verfallen betrachtet.

4787 **Der Vorstand.**

Restaurant „Goldener Adler“,
Spezialauschank der **Brauerei Kammerer**.

Jeden **Montag und Donnerstag**

Schlacht-Tag.

Hochachtend: **Ernst Müller.**

Einladung.

Zur Feier des Geburtstagfestes Seiner Majestät des Kaisers findet

Sonntag den 26. Januar 1913, abends 8 Uhr, im großen Saale der Festhalle ein

Fest-Bankett

mit der unten folgenden Festordnung statt.

Unsere Mitbürger laden wir zu zahlreicher Beteiligung an dieser patriotischen Veranstaltung ein.

Besondere Einladungen ergehen nicht, Eintrittsgeld wird nicht erhoben.

Anzug der Herren: Dunkel Rod, der Damen: Gesellschaftsanzug.

Die obere Galerie der Festhalle bleibt den Damen der an der Feier teilnehmenden Vereine vorbehalten; die Damen haben sich durch die den Vereinen zugehenden Karten auszuweisen.

Der Festanschein:

Baumann, Seminarassistent und großh. Hoforganist, Chormeister des Männergesangsvereins „Liederhalle“; **Dr. Binz**, Rechtsanwalt und Stadtrat; **Blos**, großh. Hoflieferant und Stadtrat; **Brüßle**, Stadtschreiber, Vorsitzender der Turngesellschaft; **Cassimir**, Kapellmeister, Chormeister des Männergesangsvereins „Liederhalle“; **Dr. Cappel**, Privatmann und Stadtrat, Präsident des Männergesangsvereins „Liederhalle“; **Dr. Cappel**, Privatmann und Stadtrat, Präsident des vereinigten Männergesangsvereins; **Deuerth**, Kaufmann und Stadtrat; **Dr. Eitel**, Privatmann und Stadtrat, Präsident des vereinigten Männergesangsvereins; **Eitel**, stud., Vorsitzender des Studentenverbandes der Friedrichiana; **Frey**, Kammersteinograph, Obmann des geschäftsführenden Vorstandes der Stadtverordneten; **Dr. Günner**, Rechtsanwalt; **Heinsheimer**, Rechtsanwalt, Vorsitzender des Arbeiterbildungsvereins; **Herbst**, Bürgermeister in Hochstetten, Vorsitzender des Hardgau-Militärvereins; **Herrmann**, Kaufmann und Stadtrat; **Keller**, Professor, bisher Vorsitzender des Vereins bildender Künstler; **Kölsch**, Kaufmann und Stadtrat; **Lechner**, Hauptlehrer, Dirigent des Lehrergesangsvereins; **Dr. Lorenz**, Rechtsanwalt, Vorsitzender des Alb- und Pfinggau-Militärvereinsverbandes; **Ochertag**, Privatmann und Stadtrat; **Rebmann**, Weheimer Hofrat, Präsident des Männergesangsvereins „Liederhalle“; **Reich**, Hauptlehrer, Vorsitzender des Lehrergesangsvereins; **Scheidt**, Professor; **Schlebach**, Blechermesser und Stadtrat; **Siegrist**, Oberbürgermeister; **Steiner**, Oberrevisor, Vorsitzender des Leibgrenadiervereins; **Wollmer**, Professor; **Dr. Weill**, Rechtsanwalt und Stadtrat; **Wiltard**, großh. Baurat a. D. und Stadtrat; **Wißler**, Kaufmann und Verbandsdirektor, Stadtrat, Präsident des Badischen Sängerbundes; **Wurst**, Revisor, derzeit Vorsitzender des geschäftsführenden Ausschusses der vereinigten Turnvereine. 4784

Festordnung:

1. Feierlicher Marsch aus „Scipio“ von Georg Friedrich Händel.
2. Jubel-Ouverture von Johann Sebastian Bach.
3. Prolog, verfasst und gesprochen von Herrn Schriftsteller Hans Wolfgang Behm.
4. Männerchor: „Nudolf von Werdenberg“ von Friedrich Hegar.
Lehrergesangsverein Karlsruhe unter Leitung des Herrn Hauptlehrers Heinrich Lechner.
5. Trinkspruch auf Seine Majestät den Kaiser.
Herr Prof. Dr. Karl Ott, Direktor der Humboldtshule.
Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Kaiserhymne.
6. Melodienstück aus der Oper „Der Freischütz“ von Carl Maria von Weber.
7. Lieder für Tenor:
a) „An die Leher“ von Franz Schubert.
b) „Meine Liebe ist grün“ von Johannes Brahms.
c) „Heimweh“ von Hugo Wolf.
Herr großh. Hofopernsänger Rancho Kochen.
8. Trinkspruch auf Seine Königl. Hoheit den Großherzog.
Herr Buchdruckereibesitzer Dr. Albert Knittel.
Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: Badische Hymne.
9. Einleitung zum 3. Akt aus der Oper „Lohengrin“ von Richard Wagner.
10. Barrenübungen.
Turngesellschaft Karlsruhe unter Leitung des Turnwarts Herrn Verwaltungsassistenten Josef Jung.
11. Männerchöre:
a) St. Michel von E. Rafite.
b) Deutschland, sei wach! von J. J. Scheffler.
Lehrergesangsverein Karlsruhe.
12. Trinkspruch auf das deutsche Vaterland.
Herr Generalsekretär Josef Erling.
Daran anschließend: Allgemeiner Gesang mit Orchesterbegleitung: „Deutschland, Deutschland über Alles“.
13. Leiter- und Stuhlphantomen.
Turnabteilung des Karlsruher Arbeiterbildungsvereins unter Leitung des Turnwarts Herrn Bauleiters Wilhelm Blum.
14. Militärische Fanfaren von J. Fischer.
15. Auf des Kriegsherrn, Präsentiermarsch von Heinrich Dieze.

Am Klavier: Herr Kapellmeister Heinrich Biesfeld.

Musik: Die Karlsruher Feuerwehr- und Bürgerkapelle, unter Leitung des Herrn Musikdirektors Heinrich Dieze, königlichen Obermusikmeisters a. D.

Man bittet vor Nr. 9 des Programms nicht zu rauchen.

Pfannkuch & Co

Frische Marinaden.
Bismarckheringe
offen 5 Pfg.
4 Stk. 1.80 M.
Dose

Rollmöpfe
offen 5 Pfg.
4 Stk. 1.80 M.
Dose

Bratheringe
(große Stücke)
offen 9 Pfg.
8 Stk. 2.70 M.
Dose

Russische Sardinen
offen 8 Pfg.
1/4 Pfd. 30 Pfg.
Pfund 30 Pfg.
das 10 Pfd. 1.80 M.
Käffel

Geleeheringe
1/4 Pfd. 10 Pfg.
Pfd. 30 Pfg.
die 4 Liter 2.—
Dose

Ferner frische Süßbäcklinge
3 Stk. 20 Pfg.
scharfe holländische Rogeshäcklinge
3 Stk. 20 Pfg.

Prima Holländer Vollheringe
(große Stücke)
Stk. 6 Pfg.
ausgef. prima Mischher
Stk. 8 Pfg. 4980

Pfannkuch & Co

Sichere Eristenz

Können sich streßhame Leute jeden Standes durch den Vertrieb eines Massenartikels gründen. Kein Kapital, kein Laden nötig. Hoher Verdienst, eventuell gegen 35 Mt. festen Wochenlohn. Streng reell! Offerten mit 20 Pfg. Rückporto an „Wierfur“, Abtl. 3, Heberlingen a. See, postlag. 4786



WAR DER ZAHNSCHMERZ ICHTAT BLASSCOLIN IN DIE OHREN

Zu haben in allen Apotheken u. folgend. Drogerien: K. Dammer, Jul. Dehn Nachf., Engel-Drogerie, Otto Meyer, Fritz Reis, M. Strauss, Gebr. Vetter, Th. Walz, Hofdrog. Carl Roth. 8528